

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 239 B

BERLIN • Dienstag, den 11. Oktober 1932

1. JAHRGANG

# Deutschnationale, Nazis und Papenregierung / Nazis isoliert

## „Gannoven-Saalschutz.“

Die Deutschnationalen haben es sich wohl nicht träumen lassen, daß sie mit den Nationalsozialisten so bald bis aufs Stuhlbein kämpfen müßten. Der Kampf nimmt immer schärfere Formen an. Die Deutschnationalen scheinen für die Nazis schwierige Gegner zu sein, denn diese schreien bereits nach der Hilfe der Regierung. Die Nazis verlangen, daß der deutschnationale Vizepräsident Graef ein Redeverbot erhalte und sie verlangen von Herrn Bracht, daß er „nun endlich gegen die deutschnationalen Hetzredner“ energisch vorgehe. Im „Angriff“ des Herrn Goebbels wird der deutschnationale Saalschutz als „Gannoven-Saalschutz“ bezeichnet, den Herr Hugenberg bezahle.

Es ist zu verstehen, daß jetzt auch die Reichsregierung in sehr betonter Weise von den Nationalsozialisten abrukt. Sie sucht sich offensichtlich beim „Stahlhelm“ einen Rückhalt gegen Hitlers braune Armee und findet ihn dort auch. Am Sonntag fand in Berlin die Uraufführung eines Films vom Reichsfrontsoldatentag des „Stahlhelms“ statt. Der Vorstellung im Ufatheater Universum am Kurfürstendamm wohnten Reichskanzler von Papen, mehrere Reichsminister und Vertreter der Wehrmacht und der Behörden bei. Das ist eine sehr deutliche Demonstration, die sich zweifellos an die Adresse der Nationalsozialisten richtet.

Wir haben keinen Anlaß, über die Zwistigkeiten, die zwischen den Harzbürger Brüdern ausgebrochen

sind, traurig zu sein. Die Gefahr einer Hitlerdiktatur ist damit zunächst in weitere Entfernung gerückt. Allerdings darf auch die Gefahr einer Papen-Stahlhelmdiktatur, die sich immer klarer herausbildet, nicht unterschätzt werden. Die Arbeiterbewegung hat aber Gelegenheit, ihre Kräfte für die entscheidenden Auseinandersetzungen zu formieren. Hoffentlich wird diese Gelegenheit überall klug ausgenutzt.

### Wieder Nazi-Verluste.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Gerdauen (Ostpr.) gingen die Nazi-Stimmen erheblich mehr zurück als durch die geringere Wahlbeteiligung (63,1 Prozent gegen 85,8 Prozent bei der vorigen Reichstagswahl) erklärt werden kann. Es erhielten:

Nationalsozialisten	483 Stimmen (1074 bei der vorigen Reichstagswahl)
SPD	593 Stimmen (898)
Bürgerliche Einheitsliste (DNVP, DVP und Wirtschaftspartei)	462 Stimmen (170)
Kommunisten	170 Stimmen (217)
Christlichsoziale	141 Stimmen (101)

### Drei Nazi-Zeitungen im Rheinland verboten.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die Nazi-Gaue, die „Volksparole“, die „Wuppertaler Zeitung“ und den „Bergischen Beobachter“, wegen eines Artikels „Weg mit der Herrenklubsippe“ für die Zeit vom 10. bis 14. Oktober verboten. — Kommunistische Zeitungen werden nicht nur für einige Tage, sondern gleich für einige Wochen verboten.

## AUS DEM INHALT:

Reichsgericht: Preußen-Reich-Prozeß.  
Die Mandschurei zum Lytton-Bericht.  
Geburtshelfer des Nationalismus.  
Lehrer gegen kirchliches Machtstreben.  
Der IGB zur Bedrohung der Gewerkschaftsfreiheit.

## Fortschritte in der deutschen Isolierung.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die englische Einladung wird nicht veröffentlicht, weil, so wird erklärt, die englische Einladung ja auch nicht im Wortlaut veröffentlicht worden sei. Es ist aber anzunehmen, daß die „Verlautbarungen“ über die Antwortnote von Kennerseite redigiert worden sind und also den wesentlichen Inhalt des Schriftstücks wiedergeben.

Aus diesen „Verlautbarungen“ geht hervor, daß als Grundlage der Konferenz über die deutsche Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage weder die englische, noch die französische Note geeignet seien. Wie schon in der bisher über diese Frage geführten Diskussion, wird von der deutschen Regierung anscheinend auch jetzt keine weitere Begründung für diese Feststellung angeführt. Dagegen wird in der deutschen Note angeblich zweimal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sowohl im Schlußprotokoll der Lausanner Konferenz, als auch im Lausanner Vertrauenspakt Deutschland

bestimmte Versprechungen in der Gleichberechtigungsfrage

gemacht worden seien. Was das Schlußprotokoll der Lausanner Konferenz anbetrifft, so sollen die „bestimmten Versprechungen“ in dem Satz enthalten sein, der feststellt, daß auch andere aktuelle Fragen als die Reparationsfrage auf dem Wege eines Meinungsaustauschs zur Herstellung und Förderung des Friedens und des Vertrauens zwischen den Völkern, im Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gleichheit geregelt werden können. Allerdings haben die kategorischen Erklärungen, mit denen die deutschen Reichsminister ihre Forderung auf Gleichberechtigung angemeldet haben, nicht den Eindruck erweckt, als suche die Reichsregierung diese — für sie aktuelle — Frage auf dem Wege des Meinungsaustauschs zu regeln!

Nachdem einige Reuter- und Havas-Meldungen daß auch die französische Regierung die englische Einladung — allerdings mit Vorbehalten — angenommen habe, mit äußerster Entschiedenheit dominiert worden sind, ist eine französische Note nach London abgegangen, die den vermuteten Inhalt hat.

Die englische Regierung soll über die Zustimmung der deutschen und französischen Regierung zu ihrem Plan der Konferenz sehr befriedigt sein und will dem französischen Wunsch, London nicht zum Konferenzort zu wählen, nachkommen. Da die deutsche Regierung nicht nach Genf will, wie die französische es wünscht, wird man sich wahrscheinlich auf das — eine Stunde von Genf entfernt gelegene — Lausanne einigen.

Bleibt noch die Frage der Zusammensetzung der Konferenz. Die in Frankreichs Schlepptau rudernden Staaten Rumänien, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei und Belgien haben gegen die von England vorgeschlagene Vierer- bzw. Fünfer-Konferenz protestiert. Die französische Regierung hat die Absicht, diese Regierungen zu der Konferenz hinzuzuziehen. Größeres Aufsehen als der Protest der obengenannten Staaten erregte ein Besuch des österreichischen Gesandten beim Völkerbund, von Pflügl, bei Paul Boncour, dem französischen Kriegsminister und Führer der französischen Abrüstungsdelegation Pflügl soll anlässlich dieses Besuches erklärt haben, — so heißt es in der französischen Meldung — daß Oesterreich im Falle einer Erweiterung der Konferenz auch hinzugezogen werden möchte, und daß es

in keiner Weise die Auffassung der deutschen Regierung in der Rüstungsfrage teile.

## Die zweierlei Maßstäbe gegen Links und Rechts.

Polizei und Gericht gleichmäßig reaktionär.

Der Berliner Polizeipräsident hat durch Bekanntmachung an den Polizeibeamten eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt für den Nachweis der Hersteller und Verbreiter illegaler kommunistischer Schriften in Berlin und deren Herstellungsorte und Herstellungseinrichtungen.

Ob es keine dringendere Aufgabe für den Polizeipräsidenten gibt, was wäre es denn, wenn eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt würde für den Nachweis geplanter Terrorakte gegen politische Versammlungen und Uebertfälle auf politische Gegner? Da diese Delikte mit weit höheren Strafen bedroht werden als die Verbreitung und Herstellung illegaler Schriften, muß doch wohl die Verfolgung solcher Aktionen auch wichtiger sein. Außerdem würde die Aussetzung einer solchen Belohnung sicher in kurzer Zeit sehr zur Befriedigung des öffentlichen Lebens beitragen, weil dann die Drahtzieher mit hinter Schloß und Riegel kämen. Die Räuberführerschaft bei schwerem Landfriedensbruch muß ja auf Grund der Terrorverordnung mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden.

Die Bekämpfung des Naziterrors scheint allerdings von Polizei und Gericht nicht als dringende Aufgabe betrachtet zu werden, denn am Sonnabend hatte sich in Berlin vor dem Schnellgericht ein SA-Mann zu verantworten, der am 6. Oktober in Begleitung von Gesinnungsgenossen deutschnationale Versammlungsbesucher auf dem Heimweg überfallen und dabei

einen Schwerekriegsbeschädigten mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Der SA-Mann führt den treudutschen Namen Hierzinsky und ist nicht weniger als sieben Mal, darunter wegen Diebstahl, Hehlerei, Urkundenfälschung und Sittlichkeitsverbrechen, vorbestraft.

Der Schnellrichter verurteilte ihn wegen Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu sechs Monaten Gefängnis.

Diese erstaunlich milde Verurteilung wird für die Nazis wie eine Ermunterung zur Fortsetzung ihres Banditentums wirken und steht außerdem sehr im Gegensatz zu den Zuchthausstrafen, die bereits wegen geringerer Delikte gegen Kommunisten und Mitglieder des Reichsbanners auf Grund der Notverordnung verhängt worden sind.

Erst kürzlich erhielt in Magdeburg ein Anhänger der „Eisernen Front“ ein Jahr und einen Monat Zuchthaus. Der Angeklagte war von einem Nazi aufgefordert worden, sein „Mistgabel-Abzeichen“ (Drei Pfeile) abzulegen, und hatte im Verlauf des entstandenen Streites den Nazi zweimal mit der Faust geschlagen.

### Andauernde Milde gegen Nazis.

Im Borsteler Landfriedensbruchprozeß gegen 32 Nationalsozialisten aus Stendal und Umgebung wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch u. a. verurteilt: der Autoschlosser Otto Kreher und der Fahrlehrer Fritz Brandes zu je einem Jahr drei Monaten Gefängnis, der Maurer Genz zu einem Jahr Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden teils freigesprochen, teils erhielten sie Gefängnisstrafen von drei bis neun Monaten.

Die Angeklagten hätten eine sozialdemokratische Versammlung in Borstel überfallen. Einem 50-jährigen Arbeiter wurde dabei das rechte Auge ausgeschlagen und der Schädel so schwer verletzt, daß der Verwundete noch heute in Lebensgefahr schwebt.

Oesterreichische „unterrichtete Kreise“ versuchten, die deutsche Regierung, für die diese Nachricht einen Schlag ins Gesicht bedeutet, zu beruhigen: Oesterreich stehe auf genau demselben Standpunkt, wie Deutschland! Solche Erklärungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der amtlichen Wiener Mitteilung nur von dem Wunsch Oesterreichs, unter Umständen an der Konferenz teilzunehmen, die Rede ist, während

die Pariser Meldung über die Stellung Oesterreichs zu der deutschen Forderung weder dementiert, noch bestätigt wird.

Die Isolierung Deutschlands in der internationalen Politik hätte hiermit wohl ihren Höhepunkt erreicht.

Nach französischen Meldungen wird der neue französische Abrüstungsplan der Abrüstungskonferenz gegen Ende Oktober vorgelegt werden.

## Die Mandschurei zum Lytton-Bericht.

### Strikte Ablehnung jeder Einmischung.

In Genf tauchte am Sonnabend plötzlich ein Amerikaner auf, der sich als Berater der Regierung von Mandschukuo bezeichnete. Er erklärte, daß die mandschurische Regierung an den Völkerbunds-Verhandlungen über den japanisch-chinesischen Streitfall nur ganz indirekt interessiert sei, da die Unabhängigkeit der Mandschurei eine feststehende Tatsache sei. In Genf wird dieser Regierungsvertreter anscheinend nicht ganz ernst genommen, und es wird daran gezweifelt, daß er in unmittelbare Fühlungnahme mit den Ratemächten treten wird.

Die mandschurische Regierung hat eine telegraphische Note an den Völkerbund und die Regierungen von Japan, England, Frankreich, Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten gesandt, in der darauf hingewiesen wird, daß jedem Versuch, die Vorschläge des Lytton-Berichts zu verwirklichen, in Mandschukuo der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden würde, ebenso wie allen anderen gegen die Mandschurei gerichteten Maßnahmen des Völkerbundes.

In einer öffentlichen Kundgebung in Tschangtschun, an der Vertreter der mandschurischen Regierung teilnahmen, wurden die ausländischen Mächte aufgefordert, „den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Mandschurei sofort anzuerkennen“.

Das japanische Außenministerium weist darauf hin, daß die Lage in der Mandschurei sich seit Abfahrt der Lytton-

Dann soll die deutsche Regierung vor die Entscheidung gestellt werden, entweder an der Bearbeitung dieses Planes in Genf mitzuwirken, oder die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Beschränkung der deutschen Rüstungen weiter zu tragen.

Lord Tyrell, der englische Gesandte in Paris, hat dem französischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen, zu einer Besprechung mit Mac Donald nach London zu fahren, um mit der englischen Regierung hinsichtlich der Konferenz über die deutsche Gleichberechtigung-Forderung zur Einigkeit zu gelangen. Herriot hat diese Einladung angenommen; er wird wahrscheinlich schon am Mittwoch nach London fahren. Man kann damit rechnen, daß Herriot, wenn er sich mit Mac Donald geeinigt hat, nicht mehr auf einer Erweiterung der Konferenz bestehen wird.

Kommission entscheidend verändert habe, infolge der „unirdischen Arbeit der chinesischen Regierung“, die die „Friedensarbeit des japanischen Kaiserreichs und des mandschurischen Staates störe“, und daß die Vorschläge des Lytton-Berichtes schon aus diesem Grunde nicht durchgeführt werden könnten.

Die Kämpfe zwischen chinesischen Freischärlern und mandschurischen und japanischen Truppen verschärfen sich weiter.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage hat die japanische Regierung beschlossen, ihre Truppen bis zum Jahre 1934 in der Mandschurei zu lassen.

Wellington Ku, der frühere chinesische Außenminister und Gesandte in Paris, der zur Vertretung der chinesischen Regierung bei den Verhandlungen über den Lytton-Bericht nach Genf gefahren ist, erklärte am Sonntag vor der internationalen Presse, daß die chinesische Regierung den Lytton-Bericht als Verhandlungsgrundlage für eine dauerhafte, allen Interessen entsprechende Regelung ansehe.

Entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme ist die chinesische Regierung also jetzt bereit, mit Japan zu einem Kompromiß zu gelangen.

Titulescu, der kürzlich sein Amt des rumänischen Gesandten in London niedergelegt hat, hat sich bereit erklärt, das Außenministerium zu übernehmen. Hiernach wird erwartet, daß sich eine größere Kabinettsumbildung nicht mehr vermeiden lassen wird. Wahrscheinlich wird Titulescu mit der Bildung einer neuen Regierung betraut werden.

Unter diesen Umständen erscheint eine Einigung zwischen Rumänien und Rußland hinsichtlich der Bessarabien-Frage so gut wie ausgeschlossen zu sein, da Titulescu zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist.

### Ausdehnung des Luftschiffdienstes nach Südamerika.

(ITF) Der Graf-Zeppelin-Dienst nach dem Südatlantik, der bisher in Pernambuco endigte, wird nunmehr bis Rio de Janeiro ausgedehnt, um Fahrgästen zu ermöglichen, Rio in 3-4 Tagen zu erreichen.

Am Gran Chaco machten zwei paraguayische Flugzeuge einen Bombenangriff auf das bolivianische Fort Aroo. Sie wurden nach längerem Luftkampf von bolivianischen Flugzeugen zum Rückzug gezwungen.

Schärfprüfungen von Gebrauchshunden lebende Katzen verwendet, wurde einmütig bedauert. (!) Wenn auch zur Zeit solche Prüfungen noch erlaubt sind, und wenn auch erfahrungsgemäß die Polizei auf Grund ministerieller Verfügung diese Prüfungen überwacht, so mehren sich doch die Stimmen auch aus Jägerkreisen, die derartige „Prüfungen“ für unnütze Tierquälerei erklären. Dem Verein wurde von maßgebender Seite aus diesen Kreisen erklärt, daß das Katzenwürgen für die Erziehung eines Gebrauchshundes zur Schärfe ein völlig unbrauchbares Mittel ist, und daß es auch für Prüfungen nicht nötig sei. Es wäre dringend zu wünschen, daß solche Anschauungen, die in Tierschutzkreisen ganz ausnahmslos vertreten sind, auch in den Kreisen der Jäger immer mehr Vertretung finden mögen.

Erfreulich und nachahmenswert ist die von dem gleichen Verein vorgenommene Anstellung eines Tierinspektors, der bei Tierquälereien mit seinem Motorrad in kürzester Frist zur Stelle sein wird. Die Anzeigen können ihm während des Tages telephonisch mitgeteilt werden.

## Die Würde des Gerichts!

### Mittelalter im 20. Jahrhundert.

Es geschah am 30. September 1932 in einem Gerichtshof auf den britischen Inseln.

Dort trat eine Frau als Zeugin auf. Sie hatte schon die Hand zum Schwur erhoben, als der Vorsitzende mit Entsetzen bemerkte:

Die Zeugin trug keinen Hut!

„Wissen Sie nicht, daß Sie dem Gericht nicht die gehörige Achtung bezugen, wenn Sie keinen Hut tragen?“ fuhr er die bestürzte Zeugin an, die mit zitternder Stimme antwortete: „Ich habe keinen!“ Der Vorsitzende, durch ein solches Argument keineswegs überzeugt, machte ihr weitere Vorhaltungen: „Das ist ja ebenso schlimm, als wenn ein Mann mit einem Hut das Gericht betreten würde!“ Erschrocken ob dieses Vorwurfs blickte die arme Frau zu dem Vorsitzenden auf und konnte nur noch als Entschuldigung stammeln, daß sie die Zeitungen nicht lese und daher über diese Dinge nicht recht unterrichtet sei.

Die Ehre des Gerichts und die der Zeugin wurden gerettet, indem ein Gerichtsdiener einen Damenhut herbeischaffte und ihn der Frau auf den Kopf drückte. Die Ehre des Gerichts gestattete dem Vorsitzenden sodann die Bemerkung: „Er steht Ihnen ganz gut.“

## Völkerbund gegen falsche Pressemeldungen.

### Eine Aufgabe für einen neuen Ausschuß.

Der politische Ausschuß des Völkerbundes befaßte sich in einer großen Aussprache mit einem Antrag auf Bekämpfung falscher Pressemeldungen. Die internationalen Presseverbände haben sehr richtig darauf hingewiesen, daß die beste Bekämpfung lügenerischer Meldungen in einer möglichst öffentlichen Behandlung aller internationalen Probleme bestünde. Zum Schluß wurde vorgeschlagen, daß der internationale Verband der beim Völkerbund beglaubigten Journalisten praktische Vorschläge für die Bekämpfung falscher Pressemeldungen ausarbeiten solle.

## Alldeutsche Herzensergüsse.

### Das ganze Deutschland muß es sein.

Auf einer Protestkundgebung gegen den Vertrag von St. Germain, die vom Verband Völkischer Vereine am Sonntag in Wien veranstaltet wurde, sagte der NS-Gauleiter Frauenfeld:

„Wir bitten nicht, sondern wir fordern unser gutes Recht und werden, wenn die willkürlichen Grenzen nicht fallen, sie niederreißen und ein großes deutsches Vaterland errichten.“

## 38 Verletzte bei einem politischen Zusammenstoß.

In Melk (Niederösterreich) kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei denen die Gegner mit Messern aufeinander losgingen. Ein Nationalsozialist und ein Sozialdemokrat erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Außerdem wurden 13 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Auch aus Gmünd (Niederösterreich) werden Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gemeldet. Bei einem Steinbombardement wurden 15 Nationalsozialisten und acht Sozialdemokraten teils schwer, teils leichter verletzt. Die Gendarmerie mußte mit gefälltem Bajonett vorgehen, um die Gegner zu trennen.

## Martyrer-Erfolge?

Am Sonntag fanden in einigen sudetendeutschen Orten Gemeindevahlen statt, deren Ergebnis — soweit man aus derartigen Einzelergebnissen überhaupt Schlüsse ziehen kann — unsere Ansicht zu bestätigen scheint, daß die Art der Prozeßführung und Urteilsbegründung nur dazu dient, Märtyrer zu schaffen und Propaganda für die NS zu machen.

In Asch haben die NS 13 Sitze (vorher 4) und sind jetzt die stärkste Partei im Gemeinderat. Die Kommunisten, die bisher die größte Fraktion waren, haben 10 Sitze. In Soidenschwan, wo allerdings die Zahl der abgegebenen Stimmen weniger als 2000 beträgt, ist die Zahl der NS-Sitze gestiegen, während alle anderen Parteien keinen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben.

## Belgiens Sparprogramm.

### Die alte Leier.

Die 3 Milliarden Franken (375 Mill. M) Fehlbetrag, die der belgische Haushaltsvoranschlag für 1933 enthält, sollen zur Hälfte durch eine neue Anleihe gedeckt werden, während die andere Hälfte durch Einsparungen und Steuererhöhungen ausgeglichen werden soll. Die Steuererhöhungen betreffen Kaffee, Tabak, Bier, Wein, Tee, Zündhölzer und Lebensmittel. Ferner wird die Berufsabgabe erhöht, eine Art Einkommenssteuer, ferner die Erbschaftsteuer. Einige Zulagen für Angehörige der Armees werden gestrichen, die Beamtenbezüge werden wahrscheinlich um 2-5 Prozent gekürzt werden. Ferner soll eine Beamtensperrvorläufig Neuinstellungen und Beförderungen ausschließen.

## Zuwachs der Konservativen Partei?

### Liberaler und Arbeiterpartei als Kandidaten.

Auf der Konservativen-Partei-Konferenz in Blackpool hat Baldwin erklärt, Sir John Simon, Runciman (zwei Liberale) und der ehemalige Minister der Labour Party und jetzige nationale Arbeiterpartei Thomas dürften bei den nächsten Wahlen nicht darunter leiden, daß sie die Abmachungen der Konferenz in Ottawa unterstützt hätten. Man nimmt an, daß dies die Ankündigung für das Aufgehen der Simon-Liberalen in die Konservative Partei bedeutet. Falls das auch für Thomas zuträfe, würde es nur wieder einmal den Charakterzug bestätigen, der bei diesem wandelbaren „Minister Seiner Majestät“ schon häufig festgestellt worden ist.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Sonntag zur 8. Südamerikafahrt aufgestiegen. Unter den 12 Passagieren befindet sich auch der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dörpmüller.

Falsche Guldennoten. Im holländischen Grenzgebiet sind die Verbreiter falscher Guldennoten festgenommen worden. Ein bekannter Wirt aus Kirchrath verkaufte falsche Tausend-Guldennoten für 300 Mark. Die Quelle für die falschen Noten konnte noch nicht ermittelt werden.

Ueber Mittelitalien sind schwere Unwetter niedergegangen. Am stärksten sind die Schäden in Toscana.

Wegen Schmuggels von Rauschgiften erhielten in Alexandria (Ägypten) 24 Personen die dafür zulässige Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis und 1000 Pfund Sterling Geldstrafe.

Die Stadt Nordheimsund, 90 km von Bergen in Norwegen, am Hardanger Fjord, ist zum großen Teil niedergebrannt. Die meisten niedergebrannten Gebäude waren, wie in Norwegen üblich, aus Holz erbaut und größtenteils Geschäftshäuser mit darüber gelegenen Etagenwohnungen. Alle Holzwarenfabriken des Städtchens sind ebenfalls ein Opfer des Brandes geworden. Ein großer Teil der Bevölkerung ist obdachlos und wird vorläufig in Bergen Wohnung nehmen müssen. Der Schaden geht in die Millionen.

Der Hamburger Dampfer „Asta“ rettete in der Nähe von Dago die apfthöpfige Besatzung eines finnischen Seglers, der darauf auseinanderbrach und sank.

## Aufhebung der Rentenkürzungen?

Die Telegraphen-Union berichtet, daß im Reichskabinett am Freitag außerhalb der Tagesordnung auch zu der Frage der Aufhebung bzw. Milderung der Kürzungen der Sozialrenten durch die Juni-Notverordnung Stellung genommen werden sollte.

## Rumäniens Kampf um die Selbständigkeit.

### Auslandsmoratorium statt Finanzdiktator.

In Rumänien sind sich zwar die Regierungsmitglieder sowie fast die gesamte Öffentlichkeit in der Ablehnung des Völkerbundsprotokolls einig; aber in bezug auf die zur Verhinderung eines völligen Staatsbankrotts jetzt erforderlichen Maßnahmen herrscht innerhalb des Kabinetts keine Einigkeit. Der Ministerpräsident Vajda verlangt einen engen Zusammenschluß mit dem Westen, würde also einen weniger krassen Vorschlag, als ihn das Genfer Protokoll darstellte, annehmen. Dagegen will Just.-Min. Junian, der anscheinend der einflußreichere ist, verhindern, daß Rumänien sich auf eigene Faust hilft, nötigenfalls durch Erklärung eines Auslandsmoratoriums. Die Regierung will versuchen, mit ihren ausländischen Gläubigern Einzelverhandlungen zu führen und rechnet auf Zugeständnisse, wenn die Gläubiger sehen, daß sie sonst gar nichts mehr bekommen. Bis zum 1. November hofft die Regierung Klarheit darüber zu haben, was sie auf diese Art erreichen kann.

## Die Königsloge.

### Ein Film mit Alexander Moissi.

In der Kamera läuft zur Zeit der einzige Tonfilm, in dem Moissi mitspielt. Für alle Verehrer dieses Künstlers natürlich ein Anreiz, zu sehen, wie er sich im Film zeigt.

Auf alle Fälle ein sehenswerter Versuch. Nicht nur der Sensation wegen. Moissi zeigt auch hier seine große Stärke: die Echtheit der Darstellung gerade bei Charakteren, deren Haupteigenschaft Bedingungslosigkeit ist. Bedingungslosigkeit, für ihre Ziele. Gerade, diese leidenschaftliche Stärke, diese moralische Konsequenz ist in der heutigen Zeit der moralischen Verweichlichung wunderbar ermutigend, selbst da, wo wir die Ideale inhaltlich nicht anerkennen, sondern uns andere setzen würden.

Der Film ist, wie gesagt, nicht nur Moissis wegen interessant. Auch der Inhalt des Films ist überdurchschnittlich wertvoll, und die Exkursion in die Beziehungen zwischen Schauspielern, Kritiker und Publikum außerordentlich zeitgemäß.

Ein guter Griff der Kamera — Dienst am Kino-Publikum. W-er.

## Eine ganze Stadt in einem Haus.

Die Empire-State-Gesellschaft in Neuyork hat einen Wolkenkratzer beendet, der 395 m hoch ist. Auf den 86 Stockwerken wurde noch ein 60 m hoher Turm errichtet. Damit ist das bis jetzt höchste Chrysler-Gebäude mit 310 m Höhe noch um ein beträchtliches überboten. Das Gebäude wird nach vollständiger Vermietung 19 000 Bewohner haben. Das ist so viel wie eine mittlere Stadt Einwohner hat. Zur Bewältigung des riesigen Verkehrs dienen 58 Personenaufzüge, 4 Schnell- und Lastaufzüge oberhalb des Erdgeschosses und 2 große Lastaufzüge für Erdgeschöß und Keller. Das Stahlgerüst erforderte 58 000 t Stahl, für dessen Transport ein Zug von 18 km Länge notwendig sein würde. Der Turm hat in den höchsten Stockwerken noch 1700 m Nutzfläche. 6400 Fenster sorgen für das nötige Tageslicht.

## Katzenwürgen.

Dem „Magdeburger General-Anzeiger“ entnehmen wir die Zusage eines Tierschutzvereins. In dieser heißt es:

„Im Vorstand ... wurde über das sogenannte Katzenwürgen eingehend gesprochen. Daß man überhaupt zu

Neue Angriffe der SA.

In Berlin wurde in der Nacht zum Sonntag der Kommunist Pokornowski in der Zühlsdorfstraße mit einer schweren Stichverletzung in der Brust aufgefunden. Er war von einer SA-Truppe überfallen worden.

In Neukölln wurden zwei Kommunisten in der Emser Straße von SA-Leuten überfallen und verletzt.

In Zehlendorf verletzt im Lokal Lindenpark ein Nationalsozialist einen Kommunisten ziemlich schwer mit einem Blumentopf.

In allen drei Fällen wurden Verhaftungen vorgenommen.

In Lohrsdorf bei Neuenahr kam es am Sonntag zu politischen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Teilnehmern an einem Fest.

Ein Teilnehmer wurde totgeschlagen und drei weitere so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

In Ostpreußen bisher 12 Nazi-Bombenwerfer verhaftet.

In Allenstein und Osterode in Ostpreußen sind bis jetzt wegen der Bombenattentate in der ersten Augustwoche insgesamt 12 Nationalsozialisten festgenommen worden. Die ersten Verhandlungen gegen die Attentäter werden wahrscheinlich in etwa drei Wochen beginnen.

Nicht der Schießheld in den Saal geworfen.

Bei der Saalschlacht zwischen Deutschnationalen und Nazis in Düsseldorf wurde nicht der Mann von der Galerie in den Saal geworfen, der schießen wollte, sondern derjenige, der dem Schießhelden die Waffe entreißen und ihn am Schießen hindern wollte. Er wurde sofort von Gesinnungsgenossen des Schießhelden gepackt und über die Brüstung der Galerie in den Saal hinuntergeworfen.

Nazi-Redakteur verhaftet.

In Gleiwitz wurde der Redakteur der „Deutschen Ostfront“ wegen der Berichterstattung über eine Sondergerichtsverhandlung, die eine Bedrohung der Staatsanwaltschaft und der Richter enthielt, verhaftet.

Die Einheitsfront zwischen „Stahlhelm“ und Kyffhäuserbund, über die kürzlich berichtet wurde, scheint doch noch nicht ganz fest zu sein. Der Kyffhäuserbund teilt jetzt mit, daß die Meldung über eine politische Zusammenarbeit vom „Stahlhelm“ ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Kyffhäuserbund erfolgt sei, daß er aber von seiner bisherigen Linie nicht abweichen wolle.

Staatsanwalt im Disziplinarverfahren freigesprochen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmundt in Berlin, gegen den im Jahre 1929 ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, weil ihm vorgeworfen wurde, verschiedentlich im Hause der Sklaroks gesellschaftlich verkehrt zu haben, ist jetzt mangels eines Schuldbeweises vom Dienststrafsenat freigesprochen worden.

Ein Rekord an Verboten.

Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, ist seit ihrem Bestehen nicht weniger als 46 Mal verboten worden. In diesem Jahr ist sie bereits zum neunten Mal verboten.

Der Prozeß Preußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof.

Schon um 9 Uhr begannen die mit Karten versehenen Zuhörer für den Staatsgerichtshof sich auf dem Reichsgerichtsplatz zu sammeln. Ihre Zahl ist so groß, daß nicht nur im großen Verhandlungssaal des Reichsgerichts selbst jeder verfügbare Platz besetzt ist, auch die großen Zuhörertribünen sind geöffnet. Alle Eingänge sind durch Polizei besetzt, es findet eine dreifache Kontrolle der Einlaßkarten und der Kartenbesitzer statt. Der Staatsgerichtshof ist in folgender Besetzung zusammengetreten: Präsident des Reichsgerichts, Dr. Bumke als Vorsitzender, Reichsgerichtsräte Triebel, Schmitz und Dr. Schwalbe sowie Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller, Dr. Gumbel und Dr. Striegler als Beisitzer. Der Reichskanzler ist als Reichskommissar für Preußen nicht vertreten, die kommissarische Regierung hat einen Vertreter nicht entsandt. Die Reichsregierung wird in den Verhandlungen durch den Ministerialdirektor Gottheiner und durch Ministerialdirektor Dr. Hucho vertreten. Als Berater sind mit ihnen erschienen die Universitätsprofessoren Dr. Jakobi (Leipzig), Dr. Carl Schmitt (Berlin) und Dr. Bilfinger (Halle). Die ihrer Aemter entsetzten preußischen Minister werden durch die inzwischen zur Disposition gestellten preußischen Ministerialdirektoren Dr. Badt und Dr. Brecht vertreten, denen Universitätsprofessor Dr. Giese (Frankfurt/Main) beigegeben ist. Außerdem wird Professor Anschütz für die frühere preußische Regierung eintreten.

Außerdem sind vertreten die Fraktionen des Zentrums und der SPD im preußischen Landtag sowie Bayern und Baden. Zwei Stuhlreihen vor den Präsidentschen sind mit namhaften Juristen besetzt.

Die Sitzung wurde um 10.50 Uhr durch den Reichsgerichtspräsidenten eröffnet. Auf die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß Reichskanzler von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar nicht vertreten sei, beantragte Ministerialdirektor Dr. Brecht, ohne eine solche Vertretung zu verhandeln. Der Vorsitzende behielt sich vor, den Staatsgerichtshof über diese Frage besonders beschließen zu lassen.

Dann nimmt der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Schmitz, das Wort zur Darstellung des Sachverhalts.

Kommunistische Veranstaltung aufgelöst.

Der Zwickel als Anstoßgrund.

Die „Rote Fahne“ veranstaltete am Sonntag im „Elysium“ in Berlin eine Morgenfeier, bei der u. a. auch ein Schnellzeichner Karikaturen anfertigte. Eine dieser Karikaturen stellte eine Verbindung zwischen der Reichswehr und dem viel belachten Brachtschen Zwickelerlaß dar. Die Polizei erblickte darin eine Verächtlichmachung der Reichswehr und löste die Veranstaltung auf. Der Schnellzeichner wurde verhaftet.

Zur Dienstentlassung verurteilt wurde am Sonnabend in Hamburg die Regierungsrätin Erkens. Sie soll sich als Leiterin der weiblichen Polizei in Hamburg Untergebenen und Vorgesetzten gegenüber ungehörig benommen haben. Eine Schuld an dem gemeinsamen Selbstmord zweier ihr unterstellten Beamtinnen konnte nicht festgestellt werden. Wegen ihrer Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung der weiblichen Polizei wurden der Regierungsrätin mildernde Umstände zugebilligt, sodaß der Senat und der Bürgerausschuß die Möglichkeit hat, eine Pension zu gewähren.

Staatssekretär a. D. Dr. Weismann hat seinen Strafantrag gegen den Bücherrevisor Lachmann, über den am 15. Oktober vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt werden sollte, zurückgezogen. Lachmann hat Weismann wiederholt öffentlich aktive und passive Bestechung und Meineid vorgeworfen. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich nunmehr auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens geklärt werden. Die Zurücknahme des Strafantrages berührt allerdings merkwürdig, denn Lachmann wiederholt seine Vorwürfe bereits seit sechs Jahren.

Oberst Heimannsberg, der von Herrn Bracht abgesetzte Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Amtsgerichtsrat erschossen.

Am Sonnabend wurde in Lübben nach einer kurzen dienstlichen Verhandlung wegen der Versteigerung eines Grundstückes der Amtsgerichtsrat Tilk in seinem Amtszimmer von dem 71 Jahre alten Landwirt Woelke durch einen Revolveranschuß getötet. W. war schon einmal längere Zeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt.

Erfolg des Deutschen Luftschutzverbandes. Die Propaganda lohnt sich.

Der Magistrat in Potsdam zeigt Verständnis für die Wünsche des Deutschen Luftschutzverbandes. Es sollen 610 Gasmasken für verschiedenartige Hilfskolonnen in den städtischen Werken, bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst und in den Krankenhäusern angeschafft werden. Außerdem werden Automaten zur sofortigen Ausschaltung der Straßenbeleuchtung bei Nachalarm angeschafft, und dem Gaswerk werden Hilfsmaterialien zur Abschaltung von Leitungen im Falle eines Fliegerangriffes zur Verfügung gestellt. Für diese Zwecke wurden insgesamt 13 500 Mark bewilligt.

Mit was für Fliegerangriffen rechnet eigentlich der Magistrat in Potsdam? Er sollte das Geld für vernünftiger Zwecke verwenden und nicht auf eine unverschämte Industrieklampe hereinfallen. Mit dem bewilligten Geld könnte tausend Erwerbslosen eine nennenswerte Beihilfe zu ihrer dürftigen Wohlfahrtsunterstützung gewährt werden. Für 13,50 Mark könnte sich eine Familie sechs Zentner Kartoffeln kaufen und damit ihre Kinder satt füttern.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.

R. K. M. in L. 30.— M.; M. F. in Q. 5.— M.; E. B. in J. 100.— M.; W. A. in V. 10.— M.; C. C. in B. 8.— M.; H. D. in B. 2.— M.; Sammlung S. in B. 60.— M.; W. G. in F. 10.— M.; G. B. in B. 10.— M.; R. L. in B. 45.25 M.; W. K. in M. 3.— M.; T. H. in K. 25.— M. Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

108 THEODOR PLIVIER. Copyright by Malik-Verlag 1932 (Schluß.)

Friedrich Ebert, der dem Verlangen der Arbeiterklasse nach alleiniger Herrschaft die bürgerliche Demokratie entgegenstellt und die Entscheidung über das Schicksal des Volkes in die Hand der einzuberufenden Konstituante legt, die mit allen Mitteln kapitalistischer Wahlbeeinflussung zusammengekommen werden soll, der als Parteibeamter jede Eigenmächtigkeit seiner Genossen zurückgewiesen und jeden Funktionär, der ohne zu fragen etwa eine Gardine für 12,50 Mark für sein Büro angeschafft oder der, ohne den vorgeschriebenen Instanzenweg zu beachten, auch nur in geringsten Dingen selbständig gehandelt hat, vor das Forum der Parteiverammlung riefte, — Ebert, dem vor einem halben Tag das Blut stockte, weil Scheidemann ohne vorherigen Parteibeschluß die Republik ausgerufen hatte, — hier steht er allein der entscheidendsten Frage gegenüber, die seine Partei jemals zu beantworten hatte.

In kleinen Dingen ist Ebert allen Anforderungen der Parteidisziplin peinlich nachgekommen, in großen hat er sich manchmal darüber hinweggesetzt, aber niemals ohne Skrupel zu empfinden. Er sitzt vor dem Telefon, ein Knäuel quälender Hemmungen und Gedanken. Einerseits: siegreicher Militärputsch, Wiederherstellung des Kaiserreiches, Kriegserichte über die aufständische Arbeiterschaft; andererseits: Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, Errichtung der Räterepublik Deutschland, Sturz des kapitalistischen Systems. Ebert kann sich weder für das eine noch für das andere entscheiden und sucht den für seine Partei gangbaren Mittelweg. Er greift nach dem Hörer, läßt ihn dann aber doch liegen. Abwarten ist die Taktik, die ihn auf seinem ganzen langen Weg, die ihn bis hierher getragen hat, — er sinkt noch einmal in Grübeleien und Erwägungen zurück.

Im Plenarsaal des Reichstages gibt Barth die Parole für den kommenden Tag aus: „Morgen, den 10. November, 10 Uhr, wählen alle Arbeiter in allen Betrieben Berlins auf je tausend Mann einen Vertreter. Desgleichen wählen alle Soldaten auf jede Formation einen Vertreter. Diese versammeln sich um 5 Uhr im Zirkus Busch, wo die provisorische Regierung gebildet wird.“ Im Fraktionszimmer der Unabhängigen ist der von Dittmann, Cohn, Haase und den Soldatendelegierten müde gemachte Liebknecht bereit, in das Kabinett der paritätisch zusammengesetzten Volksbeauftragten einzutreten und

verlangt nur noch: „Aber die A- und S-Räte haben die legislative und exekutive Macht, und die Koalition ist nur für drei Tage, und die Volksbeauftragten müssen von der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt werden.“ Eine Stunde später zieht Liebknecht seine Erklärung wieder zurück.

Die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wird geschlossen mit einem Hoch auf Rätendeutschland. Am Brandenburger Tor wird die Internationale gesungen. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße sinkt eine unbekannte Frau ohnmächtig zusammen.

In der Reichskanzlei schrillt ein Telephon. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei hat den Hörer in der Hand: „Hier Ebert.“ „Hier Groener.“

Der Generalquartiermeister Groener hat sich mit seinem Stab beraten und hat dem Feldmarschall v. Hindenburg darüber Vortrag gehalten. Die Arme braucht die Sozialdemokratische Partei zur Wiederherstellung der verlorengegangenen Autorität. Als Preis dafür bieten die Generäle der neuen Regierung den Schutz ihrer Bajonette und Kanonen.

Der Reichskanzler Ebert hört den Vorschlägen des Ersten Generalquartiermeisters Groener aufmerksam zu und fragt zurück:

„Wie werden Sie sich den Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber verhalten?“

„Die Kommandostellen sind angewiesen, auf gutlichem Wege mit ihnen zu verhandeln.“

„Und was erwarten Sie von uns?“

„Der Herr Generalfeldmarschall erwartet von der Reichsregierung die Unterstützung des Offizierskorps bei Aufrechterhaltung der Disziplin und der straffen Ordnung im Heer. Er erwartet, daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird.“

„Was noch?“

„Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird und stellt sich ihr hierfür zur Verfügung.“

Ebert zögert mit der Antwort. Er blickt zu der mit dicken Polstern ausgeschlagenen Tür; er dreht sich nach dem Fenster um und lauscht nach draußen, wo er die Niederrufe vorbeimarschierender Arbeiter zu hören glaubt.

Dann antwortet er mit fester Stimme: „Übermitteln Sie dem Herrn Generalfeldmarschall den Dank der Regierung.“

Nachwort.

Die politische Haltung großer Teile des deutschen Volkes, insbesondere der Jugend, zur Frage des verlorenen Krieges und der Entstehung der Republik beweist: die geschichtlich so bedeutungsvollen Ereignisse im Herbst 1918 sind weiten Kreisen unbekannt geblieben, zumindest ist die Erinnerung an jene Zeit durch falsche Darstellungen verschüttet worden. Im vorliegenden Band habe ich versucht, eine umfassende Schilderung jener Wochen zu geben, in denen die Grundlagen für Deutschlands Existenz nach dem Kriege gelegt wurden. Ich gab diesem Versuch, Geschichte zu schreiben, Romanform, weil ich glaube, daß Ereignisse, die nicht durch den Austausch von diplomatischen Noten, sondern durch den Zusammenprall gegensätzlicher Kräfte ausgelöst wurden, sich der rein wissenschaftlichen Darstellung entziehen. Man mag noch so viele Daten aus einer Zeit zusammentragen, — ein lebendiges Gesamtbild wird erst die künstlerische Gestaltung ergeben. Ich habe mich bemüht — ebenso wie in „Des Kaisers Kulis“ —, auch in diesem Roman historische Treue zu wahren. Soweit exaktes Material zugänglich war, habe ich es meiner Arbeit zugrunde gelegt. Nur der Komposition wegen habe ich im ersten Kapitel drei Reichstagsitzungen in eine zusammengefaßt und einige wichtige Sätze aus den Reden der Abgeordneten nur als Zwischenrufe aufgenommen; außerdem legte ich im dritten Kapitel die für die Hochseeflotte typischen Vorkommnisse in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1918 auf das Schiff „Großer Kurfürst“ zusammen. Weiter sind einige Sätze, die die Quellen nur in indirekter Form enthalten, in direkter Rede wiedergegeben. Doch in keinem Fall wurde der Sinn geändert. Alle geschilderten Ereignisse, alle auftretenden Personen sind wahrheitsgetreu dargestellt und ihre Reden wörtlich wiedergegeben. Bei meiner Arbeit stützte ich mich: erstens auf eigenes Erleben, zweitens auf die unten (am Schluß des Buches, D. Red.) angegebenen Quellen, drittens auf zweiundneunzig Interviews mit Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, unter denen sich Vertreter der einander bekämpfenden politischen Richtungen, Arbeiter, Soldaten, Matrosen, Abgeordnete, Offiziere, der leitende Ingenieur eines Elektrizitätswerkes, sechs Parteiführer und zwei Minister befinden. Allen, die mir so bereitwillig ihre Erfahrungen und Erlebnisse mitgeteilt haben, spreche ich an dieser Stelle nochmals meinen Dank aus. Zugleich bitte ich die Leser um weitere Informationen über die geschilderten Ereignisse, besonders aber in bezug auf die darauf folgenden Monate, an deren Darstellung ich zur Zeit arbeite.

Berlin, im März 1932 Theodor Plivier.

# Der IGB zur Bedrohung der Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland.

(IGB) Die Reichsregierung weiß sehr genau, daß ihre Rechtsauslegung, der Tarifvertrag könne während seiner Laufzeit durch Notverordnung abgeändert werden, nicht nur im Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung des Arbeitsgerichtes steht, sondern daß insbesondere die freien Gewerkschaften sich an die Friedenspflicht nicht mehr gebunden erachten, weil die bisherigen Tarifverträge einseitig geändert worden sind.

Die Regierung weiß, daß die deutschen Arbeiter lebhaft begrüßt haben, das zweischneidige Schwert der „Friedenspflicht“ durch den *notverordneten Tarifbruch* losgeworden zu sein. Leiparts Worte: „Wir werden das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen“, kennzeichnen diese Auffassung und die Haltung der Gewerkschaftsführer ebenso wie die der gesamten Arbeiterklasse.

Was bezweckt der Reichsarbeitsminister, wenn er in diesem Interview von „grundsätzlichen Gegnern der Reichsregierung und ihrer Verordnung“ spricht und mit den Worten abschließt: „Auf alle Fälle hält die Reichsregierung an ihrem Wirtschaftsplan und der Verordnung fest?“ Er kann damit nichts anderes bezwecken haben wollen, als die Gewerkschaften einzuschüchtern, ja, wenn er sagt, daß bei einer Verletzung der Friedenspflicht der Begriff des Tarifvertrages gefährdet sei und die Stellung der Gewerkschaften dadurch erschüttert werde, so kann man diesen Worten keine andere Deutung geben, als die *Drohung, ein Streikverbot zu erlassen* (ein deutsches Gericht hat den ersten Versuch bereits gemacht!) und die *Gewerkschaften gegebenenfalls aufzulösen*, wenn sie beharrlich „grundsätzlich Gegner der Reichsregierung und ihrer Verordnung“ bleiben.

Daß der Reichsarbeitsminister eine völlig deplacierte Anspielung auf angeblich verhängnisvolle Wirkungen zunehmender Streiks für die internationalen Verhandlungen zur Arbeitszeitverkürzung in Genf gemacht hat, sei hier nur vermerkt. Mit besonderem Nachdruck muß aber darauf hingewiesen werden, mit welcher *moralisch fragwürdigen Argumentation* der Reichsarbeitsminister den Versuch macht, die Gewerkschaften von ihrer Kampfeinstellung abzubringen. Abgesehen davon, daß er die Beschäftigten gegen die Erwerbslosen ausspielt, sagte er nämlich: „Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftsplanes die Arbeitslosenziffer sinkt. Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzung eintreten kann.“ Kommt also der Kapitalismus nicht wieder auf die Beine, dann beweist das nicht etwa die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer, — sondern die Arbeiter sind schuld!

Es wird sich also in den nächsten Tagen und Wochen entscheiden, ob die Regierung, die das Recht der freien Meinungsäußerung im eigenen Lande bereits zu einer Groteske gemacht hat, den Mut besitzen wird, das international anerkannte Koalitionsrecht und das Streikrecht der Gewerkschaften anzutasten, dessen Schutz auf Grund des Friedensvertrages eine Pflicht auch der deutschen Reichsregierung ist. Selbst wenn die Regierung versuchen wollte, den Kampf der Gewerkschaften in Deutschland um die Aufrechterhaltung der Arbeiterrechte als eine Sabotage ihrer Wirtschaftspläne — denen von vornherein ein Mißerfolg beschieden ist — auszulegen und gegen die Organisationen der Gewerkschaften in ähnlicher Weise vorzugehen, wie sie gegen einzelne Organisationen des republikanischen „Reichsbanners“ durch Anordnung ihrer Auflösung eingeschritten ist, wird sie erleben müssen, daß der Widerstand der Arbeiterklasse um so stärker wird, je brutaler die Mittel sind, die gegen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und ihre Rechte angewandt werden.

In der spanischen Provinz Toledo stürmten Arbeiter ein Gefängnis, um einige ihrer Genossen zu befreien. Die Polizeibeamten schossen und töteten dabei zwei Arbeiter, fünf weitere wurden verletzt.

# Stundenlohn von 20 Pfennig soll noch gekürzt werden.

Es ist allgemein bekannt, daß die Heimarbeiter in der Karneval- und Festartikelindustrie mit wahren Schandlöhnen abgespeist werden und daß bei diesen Arbeitern ein fast unerträgliches Elend herrscht. Der Gesamtfachausschuß für diese Industrie läßt jetzt der Öffentlichkeit mitteilen, daß er in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Dr. Lutz Richter beschlossen habe, den Mindestlohn für die Heimarbeiter in der Karneval- und Festartikelindustrie um 10 Prozent, von 20 auf 18 Pfennig herabzusetzen. Die Schandlöhne sollen also noch schandbarer und das Elend noch mehr vergrößert werden. Man müßte die Herrschaften, die diesen Beschluß unter dem Vorsitz eines Universitätsprofessors gefaßt haben, einmal einige Wochen lang diese Arbeit für diesen Lohn machen lassen. Sie würden wilde Bolschewisten sein.

## Neuer Lohnangriff in Holland.

(ITF) In den jüngsten Tagen hat die Verwaltung der niederländischen Eisenbahnen den Personalvertretern provisorisch mitgeteilt, daß der beständige Verkehrsrückgang eine neue 5prozentige Lohnkürzung mit Wirkung vom 1. Januar 1933 unvermeidlich mache. Der Antreiber ist dabei die Regierung der Niederlande, die die Defizite der Eisenbahnen decken muß. Dieses Defizit beträgt nach dem Voranschlag für 1932: 26 Millionen Gulden.

In Frankfurt a. d. O. ist die Belegschaft der Möbelfabrik Collath mit 100 Mann in den Streik getreten, um einen Notverordnungs-Lohnabbau abzuwehren.

In zahlreichen Fällen genügt den Streikbeschlüssen der Belegschaften, um die bereits angekündigten Lohnabbauversuche der Unternehmer abzuwehren.

Der Streik im Hafen von Marseille, der zuerst nur auf einem Schiffe geführt wurde, hat sich weiter ausgedehnt. Ein weiteres Schiff der gleichen Linie konnte nicht ausfahren, da die Mannschaft den Dienst verweigerte.

## Arbeitslosenstatistik.

t. Das amtliche Zahlenspiel sieht so aus: Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist von Mitte bis Ende September um 163 000 auf 5,1 Millionen zurückgegangen.

Die sogenannte Arbeitsmarkt-Statistik ist in solchem Zustand, daß man mit ihr beweisen kann, was man will. Mag sein, daß die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist; ein Beweismittel dafür ist die amtliche Statistik nicht.

## Spaltung des englischen Weberverbandes?

Die Gruppe des englischen Weberverbandes in Nelson, wo die Begeisterung über den Streik und die Enttäuschung über den ärmlichen Kompromiß, der zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt hat, besonders groß war, wird wahrscheinlich zum Protest gegen die Haltung der Gewerkschaftsführer aus dem englischen Weberverband ausscheiden. Voraussichtlich wird ein neuer Verband gegründet werden, der radikaler ist als der alte Verband. Die Nelson-Ortsgruppe ist mit 12 000 Mitgliedern die drittgrößte des Weberverbandes.

Der Arbeiterschaft wäre mehr gedient, wenn die Arbeiter aus Nelson und andere Arbeiter, die mehr Kampfgeist in den Gewerkschaften sehen möchten, in den alten Verbänden bleiben und ihre Führer zu einer entschiedeneren Politik zwingen würden. Wenn diese Arbeiter aus den Gewerkschaften ausscheiden, dann werden die reformistischen Führer noch ungestörter als bisher ihre übliche Politik treiben können.

## Schwerer Grubenunfall.

Auf der 300-Meter-Sohle der Myslowitzer Grube ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Unfall. Drei Bergleute wurden durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Obwohl die Bergung sehr schnell vor sich ging, konnte der Bergarbeiter Klioschak nur noch als Leiche geborgen werden. Zwei weitere Bergleute wurden schwer verletzt.

Auf der Plank Laue-Grube bei Leigh in Lancashire ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe. 19 Bergleute wurden getötet.

## Raubmord an Autobesitzer.

In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Chaussee Grünberg — Berlin ein zertrümmerter Personenkraftwagen aufgefunden, in dem der Besitzer mit eingeschlagener Schädeldecke lag. Bei der Untersuchung fand man eine Schußwunde am Hinterkopf. Es handelt sich um einen Raubmord.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Montag, 10. Oktober, 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn.

**Witten:** Dienstag, 11. Oktober, 20 Uhr, im Saale der „Das Sündenregister der Papen-Regierung“. Redner: Maria Hodann (Berlin).

**Freie Aussprache!** **Eintritt frei!**

## Zwickau. Zwickau.

### Schafft Einheit gegen Faschismus und Papen-Diktatur!

Öffentliche Versammlung am Donnerstag, 13. Oktober, 20 Uhr im „Goldenen Becher“. Vertreter der SAP, der KPD-O und des ISK sprechen über die

### Möglichkeit der proletarischen Einheitsfront in Zwickau.

Freie Aussprache! Erwerblose 10 Pf.

Eintritt 20 Pf. Sozialistische Arbeiter-Partei. Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund. KPD-Opinion.

# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

.....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.



7. JAHRGANG 10. HEFT OKTOBER 1932

### Inhalt:

ERNA MROS:

## Die katholische Kirche und ihre heutigen Grundlagen.

\*

H. H. RAUSCHENPLAT:

## Das Sündenregister der Papen-Regierung.

\*

Zum Nachdenken:

Wovon Arbeiterkinder heute nur noch träumen. Geburtenrückgang bei Arm und Reich. — Krieg und Geschäft. — Frauen für den Krieg. — Englische Waffenlieferungen nach dem Osten. — Konfessionen im aufgelösten Reichstag. — 175 konfessionslos! — Die Kirche über die Grundlagen ihrer Macht.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

## Frischkost-Reformhaus

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Die neuen Stoffmusterkollektionen für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß / Preis mit Maß!

Rudolf Schönhell, Herren- u. Damenmoden Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

## Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei Kurt Levy, Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

**BERLIN**

# KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

Ab 7. Oktober: Alexander Melsai in seinem einzigen Tonfilm: **DIE KÖNIGSLOGE** mit Camilla Horn

Dazu das gute Beiprogramm Jugendliche haben Zutritt

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkaufen unsere Ignoranten!



## Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebmarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebmarken noch heute bei der Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

## Die Regierung Schleicher-Papen stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

## Öffentliches Leben.

Von Leonard Nelson. 85 Seiten. / 0,60 M.

Aus dem Inhalt:

„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer entstehen können: Zu diesem Kampf ist zunächst berufen, wer selber um sein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmälert wird... sodann aber, wer am meisten zu opfern willens ist — die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen nach einem Wort von Karl Marx „um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 31342.





# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 240 B

BERLIN • Mittwoch, den 12. Oktober 1932

1. JAHRGANG

# Papen-Regierung vor Gericht.

## Unerhörte Kampfweise des Reichsvertreters.

W—er. In dem Prozeß, den das Land Preußen gegen die deutsche Reichsregierung führt, wurden gestern umfangreiche politische Erörterungen zwischen dem Vertreter Preußens, Dr. Brecht, und dem Vertreter des Reichs, Dr. Gottheiner, angestellt. Der Vertreter Preußens brachte noch einmal die im wesentlichen bekannten Einwände der Preußischen Staatsregierung gegen die Amtsenthebung der preußischen Minister vor. Er betonte dabei, daß von seiten der Reichsregierung weder Staatssekretär Meißner noch die Staatssekretäre des Reichsinnen- und Reichsjustizministeriums vorher um ein Gutachten über die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens gebeten worden seien. Dies sei um so weniger berechtigt, als Beamte natürlich verpflichtet seien, nachträglich die Ansichten ihrer Vorgesetzten zu teilen. Selbstverständlich bestritt Dr. Brecht (natürlich mit Recht) die von der Reichsregierung behauptete innere Abhängigkeit der preußischen Regierung von der KPD. Er erinnerte an die inzwischen von seiten der Reichsregierung geübte Taktik, die auch mit Hilfe aller parlamentarischen und sonstigen Mittel versuche, die Nationalsozialisten in der gesetzmäßigen Erlangung der Macht zu hindern, ein Versuch, den die preußische Regierung in der letzten Zeit ihres Bestehens nicht unternommen und wofür sie von der Reichsregierung zur Verantwortung gezogen werden sollte.

Der Vertreter des Reichs, Dr. Gottheiner, erhielt dann das Wort zur Klageerwidlung der Reichsregierung. Wir drücken seine Rede im wesentlichen ungekürzt hier ab, weil die Umständlichkeit seiner Gründe und die unerhörte persönlich verdächtigende Kampfweise dieses Herrn, den die Reichsregierung auserwählt hat, sie vor dem höchsten Gericht des Deutschen Reiches zu vertreten, selbst für solche Leute offenbar wird, die durch den herrschenden Tiefstand in der politischen Kampfweise dazu gebracht worden sind, in bezug auf die Erfordernisse der Kameradschaftlichkeit und Sachlichkeit in der Durchführung eines Rechtsstreites erheblich niedrigere Ansprüche zu stellen, als dies zu normalen Zeiten und unter gebildeten Leuten üblich ist.

Dr. Gottheiner

bemerkte, die politische Entwicklung, die zum 20. Juli geführt habe, könne auch erheblich anders gesehen werden, als sie von der Klageseite dargestellt worden sei. Insbesondere seien die blutigen Vorgänge vor dem 20. Juli nach Auffassung der Reichsregierung zum wesentlichen Teil auf eine völlig einseitige Behandlung zurückzuführen, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung habe angeeignet lassen.

Dr. Gottheiner tritt der Auffassung der Kläger über die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen der Reichsregierung nachdrücklich entgegen. Insbesondere sei es unwahr, daß zwischen der Reichsregierung und der NSDAP jemals irgend welche Verhandlungen über das Vorgehen gegen Preußen getroffen worden seien. Die Reichsregierung habe sich in völlig freier Entscheidung zu dem Vorgehen vom 20. Juli entschlossen. Dr. Gottheiner führt fort: Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reichs durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen fest organisierte Parteien im Zustande äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. In den wenigen Wochen zwischen dem 1. Juni und dem 20. Juli 1932 haben im preußischen Staatsgebiet über 460 Fälle schwerer politischer Ausschreitungen stattgefunden, bei denen 82 Todesopfer und 400 Schwerverletzte zu beklagen sind. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Berichte über die blutigen Vorgänge in Ohlau am 10. Juli und in Altona am 17. Juli, sowie über die umfangreichen Waffenschießungen in Suhl vorgelegt. Diese Vorgänge waren nur einzelne Symptome einer überaus gefährlichen Gesamtlage. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustande des Bürgerkrieges gesprochen.

Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der Kommunistischen Partei ist nicht zu zweifeln. In zahlreichen Urteilen des Reichsgerichts sind die revolutionären Ziele und die planmäßig auf Bürgerkrieg und gewaltsamen Aufstand gerichteten Bestrebungen dieser Partei nachgewiesen. Gerade aber diese Partei (also die KPD!) konnte vermuten, daß die damalige preußische Regierung aus parlamentarischen wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offenhalte, und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen

## Nazi-Terror wird fortgesetzt.

In Berlin fanden wieder zahlreiche Ueberfälle von Nazi-Terrorgruppen gegen politische Gegner statt.

In Moabit wurde ein Kommunist von Nazis niedergestochen.

In Neukölln wurden zwei Kommunisten niedergeschlagen und erheblich verletzt.

Die Täter konnten in beiden Fällen ermittelt werden.

In der Artilleriestraße wurde eine 43jährige Frau von einer Horde Nationalsozialisten überfallen, zu Boden geschlagen und am Kopfe schwer verletzt. Die Täter sind entkommen.

### Wieder deutschnationale Versammlung gestört

In den Hohenzollernsälen wurde am Montag wiederum eine deutschnationale Versammlung mit dem Hauptmann a. D. Brosius als Redner von Nationalsozialisten planmäßig gestört. Der nationalsozialistische Führer Dr. Lobeck versuchte vergebens, seine Leute zur Ruhe zu bringen. Schließlich entfernte die Polizei die Störenfriede mit Gewalt, die darauf eins ihrer Kampflieder anstimmten. Im Saal und vor dem Hause wurden einige Ruhestörer von der Polizei festgestellt.

Der kürzlich von uns veröffentlichte Befehl des Nazi-Gauleiters für Berlin-Brandenburg an die SA, keine deutschnationalen Versammlungen mehr zu be-

suchen, scheint nach den Versammlungsstörungen der letzten Tage entweder lediglich eine Finte gewesen zu sein, oder mit der Disziplin sieht es bei der SA bereits so böse aus, daß solche Befehle aus lauter Radalust nicht beachtet werden.

### Nazis stürmen ein Volkshaus.

#### Die Angegriffenen werden verurteilt.

Am 22. Juli stürmten Nationalsozialisten das Volkshaus in Bunzlau. Der Wache stehende Reichsbannermann Schreiber wurde dabei erschossen. Vor dem Sondergericht in Liegnitz hatten sich wegen dieses Vorfalles vier Mitglieder der „Eisernen Front“ und 17 Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten.

Das Urteil: Die vier Mitglieder der „Eisernen Front“ erhielten je drei Monate Gefängnis. Die angeklagten zehn Nationalsozialisten wurden sämtlich freigesprochen. Zwei von ihnen hätten wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt werden müssen, aber der Staatsanwalt hatte vergessen, einen entsprechenden Strafantrag zu stellen.

Es ist nicht möglich, unser Urteil über dies Verfahren offen zu sagen. Unsere Leser mögen sich den Kommentar nach Bedarf selber machen.

### Schlägerel zwischen Nazis und Stahlhelmern

Nach Abschluß eines nationalsozialistischen Manöverballes kam es in Perleberg zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmern. Dabei wurden mehrere Beteiligte erheblich verletzt.

Gegensätze zu den Nationalsozialisten verbunden fühle. Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegnerschaft gegen die Reichsregierung, aus der die damalige politische Leitung Preußens keinen Hehl machte, mußte die Kommunisten in dieser Ueberzeugung bestärken.

Die politische Leitung Preußens erweckte den Eindruck, (!) als ob sie nur unter dem Vorbehalt der Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Kommunisten gewillt war, die kommunistische Gefahr so durchgreifend zu bekämpfen, wie es die Lage erforderte.

Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Material zur Illustrierung dieser Lage vorgelegt. Ich erinnere an die Rede, die der damalige amtliche Berliner Polizeipräsident am 26. Juni 1932 gehalten hat, in der eine Warnung oder Mahnung an den Reichspräsidenten, der anscheinend schlechte Berater gehabt habe, enthalten war, in der, von einer Einheitsfront mit den Kommunisten gesprochen und wörtlich gesagt wurde: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten. Sie sollten einen Wettbewerb bestehen, wie sie den Faschismus am schnellsten beseitigen könnten.“ Es geht nicht an, daß in der Weise, wie es Dr. Brecht heute getan hat, die Person des Polizeipräsidenten Grzesinski von der Person, des Privatmannes und SPD-Angehörigen Grzesinski geschieden wird. Die preußische Regierung hat oft genug, sowie politischen als auch unpolitischen Beamten gegenüber den Standpunkt vertreten, daß die Beamten auch außerdienstlich sich das größte Maß an politischer Zurückhaltung auferlegen müßten. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts“ anschlossen. Der „Vorwärts“ hatte schon seit Wochen die schärfsten Angriffe und heftigsten Ausfälle gegen die Reichsregierung gerichtet. Wegen einer Veröffentlichung, die eine Beschimpfung der Reichsregierung enthielt, hatte der Reichsminister des Innern den preußischen Minister Severing ersucht, den „Vorwärts“ auf Grund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen zu verbieten. Der Minister Severing hat dieses Ersuchen abgelehnt und mußte erst durch eine Entscheidung des Reichsgerichts dazu gezwungen werden. Beim Wiederscheitern des Blattes nach Ablauf der Verbotsfrist hat es derselbe Minister mit seiner Amtstellung für vereinbar gehalten, der Zeitung in einem an die Spitze der Nummer gestellten Begrüßungsartikel ein „Glück auf“ zuzurufen und auszusprechen, daß das Verbot auftritte, sei als lange Artikel und Ausführungen sein könnten und der Zeitung neue Leser und Kämpfer zuführen werde.

Schon durch diese Kundgebung Severings wurde die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, im höchsten Grade

akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen damals noch zuwartete, so war von Einfluß hierauf der Aufruf, den Minister Severing am 13. Juli 1932 gegen den Bürgerkrieg erließ. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennishallen in Berlin:

„Jagen wir am 31. Juli (also am Wahltage!) die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon!“

Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von

gehörten (!) Verhandlungen zwischen dem preußischen Innenministerium und kommunistischen Führern.

Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der Kommunistischen Partei. (Was alles völlig unbewiesen und noch un wahrscheinlicher ist!)

Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umfange bestätigt (!) hat, offenbarte bei der geschilderten politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagen durch das Blutbad von Altona kraß vor Augen geführt wurde, eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von den Befugigten Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art an die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges abzuwarten.

Preußen, das den größten Teil des Reiches bildet und mit dem Reich die Hauptstadt und den Sitz der Regierung gemeinsam hat,

ist vor allen anderen Ländern verpflichtet, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Leitende Beamte des Landes Preußen haben diese Pflicht angesichts des drohenden Bürgerkrieges nicht erfüllt. Reichspräsident und Reichsregierung waren der Ueberzeugung, daß die Kommunistische Partei gerade in Preußen für die Entstehung blutiger Unruhen verantwortlich

zu machen sei, und daß der verantwortliche Leiter der preußischen Politik, der Ministerpräsident, und der für die Polizei zuständige preußische Minister des Innern wegen ihrer einseitigen, den Nationalsozialisten weit mehr als den Kommunisten abgeneigten Einstellung nicht mehr imstande und willens waren, dieser Lage Rechnung zu tragen. Unter diesen Umständen war die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Dr. Gottheiner schloß seine Ausführungen im wesentlichen wie folgt: Ministerialdirektor Brecht hat seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die





# Militärmanöver in der Provinz.

## In England wie überall.

Vorige Woche wurden drei Panzerkreuzer an verschiedenen Punkten der englischen Küste in der Nähe der Tyne-Mündung vor Anker gelegt. In den benachbarten Küstenstädten wurde dieser Besuch mit Freuden begrüßt. Schon vor Ankunft der Schiffe wurde dem großen Ereignis sowohl in den lokalen Käseblättern, als auch in den Provinzzeitungen, viel Platz gewidmet. Aber in welchem Maße diese Küstenstädte von dem Besuch der Kriegsschiffe beherrscht waren, wurde mir erst klar, als ich am zweiten Tage nach ihrer Ankunft nach Sunderland kam, einer jener Städte, denen die Ehre zuteil geworden war, ein Schiff der Flotte Seiner Majestät auf einige Tage zu beherbergen.

In der Stadt gab es nur einen Gesprächsstoff. Ich begann mich zu fragen, ob ich wohl irgend jemandem treffen würde, der nicht über „HMS (HMS = Seiner Majestät Schiff) Valiant“ sprach und der nicht fragte, ob ich auch nicht versümt hätte, es zu besichtigen. Überall in den Straßen waren Matrosen zu sehen. An den Mauern konnte man Plakate lesen über Fußballspiele, die zwischen der Mannschaft des Schiffes und der des Ortes veranstaltet wurden. Am Hafen standen Massen von Menschen, die auf das Schiff hinauf wollten. Mir wurde erzählt von dem Marineball, den der Bürgermeister veranstaltet hatte und auf dem die Offiziere des Kriegsschiffes mit den Damen der höchsten Ehrenbürger von Sunderland getanzt hatten, von dem kirchlichen Umzug und dem großen Empfang, der auf dem Panzerkreuzer, anlässlich des Besuchs des Bürgermeisters und der Stadträte veranstaltet wurde.

Erzählt wurde mir von all diesen Ereignissen, während ich durch Straßen ging, wo Not und Elend einem aus jedem Fenster und aus jeder Tür entgegenstarrte. Es schien unverständlich, daß die Behörden in einem solchen Bezirk nur einen Pfennig übrig haben für Dinge, die nicht dazu dienen, dieser Armut abzu helfen. Aber „HMS Valiant“ war da, und die Stadtverwaltung war nicht geizig. In den wenigen Tagen seiner Anwesenheit gab sie für die Unterhaltung seiner Mannschaft 500 Pfund aus (7500 Mark). Allerdings wird dafür die Stadtverwaltung nur von wenigen getadelt; denn selten ist ein Ereignis mit so viel Begeisterung bei der Bevölkerung begrüßt worden, wie der Aufenthalt des Kriegsschiffes Seiner Majestät. Der Gedanke, daß dieses Schiff gebaut worden ist, um nach den neusten Methoden der Technik möglichst viele Menschen und Sachen auf möglichst sichere Art zu zerstören und daß eine Regierung Millionen von Mark für solche Dinge ausgibt („HMS Valiant“ hat etwa 130 Millionen Mark gekostet), statt erst einmal dafür zu sorgen, daß die Arbeiter anständige Häuser bekommen, dieser Gedanke scheint nur wenigen Bürgern der Stadt Sunderland beim Anblick des Panzerkreuzers gekommen zu sein. Ein Protest wurde nur laut von einer Gruppe der kommunistischen Erwerbslosenbewegung und von einigen Mitgliedern der Labour Party, die sich weigerten, die Einladungen des Bürgermeisters zu dem Empfang auf dem Schiff und der Kirchenparade zu befolgen — aber das waren nur sehr wenige!

Die Schlagzeilen der Zeitungen: „Ganz Sunderland will den „Valiant“ sehen. — Die Schlange der Wartenden ist eine halbe Meile lang.“ In einem Blatt hieß es:

„Sunderland war gestern ganz verrückt nach dem „Valiant“. Die Massen auf dem Schiff waren so groß, daß noch nach Einbruch der Dunkelheit Hunderte von Menschen an Land befördert werden mußten. Am Sonnabend haben etwa 5000 Personen das Schiff besucht, gestern weitere 7000. Es kam vor, daß Frauen und Kinder drei Stunden lang anstanden, um herübergenommen zu werden und dann das Pech hatten, zu erfahren, daß keine Besucher mehr an Bord genommen werden könnten.“

Für Besichtigung des Schiffes wurden 2 Shilling (1,50 Mark) pro Person erhoben!

Vor mir liegt ein Blatt einer jener Zeitungen, die sonst liberal und nicht übermäßig chauvinistisch sind. Eine ganze Seite voll von Bildern von dem „Kriegsschiff und seinen glücklichen Besuchern“. Da werden Bilder gezeigt von dem Schiff und einzelnen seiner Kanonen (wie der Kapitän sie lächelnd Kindern und jungen Mädchen zeigt) und ein Zug, in dem Matrosen und Priester in engster Gemeinschaft marschieren. Einige Tage später fuhr das Schiff dann wieder ab und dieselbe Zeitung widmete dem Abschied auf der ersten Seite eine Zeichnung, über der eine Dankesbekundung des Kapitäns an die Sunderlander Bevölkerung steht. Die Zeichnung zeigt, wie die Menschen in Massen an der Küste standen und die Hüte in die Luft warfen, als das Schiff davondampfte, und ruft ihm und den Soldaten, Matrosen, Fußballspielern u. s. w. ein letztes herzliches „Good Bye“, „Auf Wiedersehen“, nach. Wer denkt da nicht an ähnliche Bilder und Artikel, die in den Zeitungen standen, als begeisterte Massen im Jahre 1914 sich in den Straßen drängten, um den „Jungen, die über See gehen“, ein letztes Lebenswohl zuzurufen!

An ihrem Höhepunkt war die Sensation in Sunderland angelangt, als die Britische Admiralität zu einem Zeitpunkt, an dem die Bevölkerung so recht mit der Besatzung des Schiffes warm geworden war, ihre neuen Schiffbaukontrakte bekanntgab. Vier Zerstörer sollen in den Werften an der Tyne gebaut werden! „Arbeit für Hunderte von Erwerbslosen“ jubelten die Zeitungen, und die Begeisterung der Bevölkerung für dieses Schiff und die gesamte Kriegsflotte Seiner Majestät war größer, als je zuvor.

## Papen-Regierung vor Gericht.

(Fortsetzung von der 2. Seite.)

Zur Frage der Zeugenbenennungen äußert der Vorsitzende die Auffassung, daß Reichskanzler von Papen, die Minister u. s. w. doch als Partei anzusehen seien. Die Frage, ob zwischen Reich und NSDAP Abmachungen getroffen worden seien, die u. a. auch das Vorgehen gegen Preußen vorsehen, werde sich durch Vernehmung dieser Zeugen auch deshalb kaum klären lassen, weil sehr wahrscheinlich keine formulierten Vereinbarungen getroffen, sondern lediglich in Verhandlungen Vorschläge und Möglichkeiten erörtert worden seien. Der Vorsitzende verweist auf den amtlichen Bericht der Reichsregierung über den Besuch Hitlers bei Hindenburg. Danach habe Hindenburg sein Bedauern ausgesprochen, daß Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor der Reichstagswahl abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene nationale Regierung zu unterstützen. Der Vorsitzende verweist weiter auf ein Schreiben des Landtagspräsidenten Kerrl vom 18. Juni, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, mit der bisherigen Regierung in Preußen Schluß zu machen. Bezüglich der Behauptung des Reiches, Preußen habe in einer Unterredung mit Geyer die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen selbst für durchaus erwünscht bezeichnet, sollen schriftliche Erklärungen der beteiligten Minister dem Staatsgerichtshof vorgelegt werden. Die Entscheidung darüber, ob Hitler oder einer der Minister als Zeugen mündlich vernommen werden sollen, will sich der Vorsitzende vorbehalten. Zu Beginn der Diensttagverhandlung präzisiert Ministerialdirektor Dr. Bredt seine am Montag auf Fragen des Vorsitzenden abgegebene Erklärung, daß die zweite Gruppe der abgebauten Minister einer Einladung zu öffentlicher Besprechung mit dem Reichskommissar gefolgt sein würde, wenn diese Einladung nicht fälschlicherweise unter der Firma des preußischen Ministerpräsidenten ergangen wäre.

Die grundsätzliche Frage, ob überhaupt die Minister zu einer Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar bereit gewesen sein würden, wird ausdrücklich bejaht.

Jeder der Minister wäre bereit gewesen, im Rahmen seiner Ressortgeschäfte im Interesse des Landes Preußen fortzuarbeiten.

Ich würde über diesen Flottenbesuch in Sunderland nicht so ausführlich berichten, wenn ich nicht wüßte, daß dies kein Einzelfall ist, sondern typisch für Ereignisse, wie sie andauernd in verschiedenen Teilen des Landes vorkommen. Ganz ähnliche Dinge sah ich vor zwei Monaten anlässlich der Manöver in der Stadt York. Auf dem Marktplatz der Stadt sprach ich mit einigen Kindern. Sie hatten schulfrei, um den „Manövern in voller Uniform“ beizuwohnen. Interessierten sie sich dafür? Mit großen, leuchtenden Augen erzählten sie von den Wundern, die sie gesehen hatten, von den bunten Uniformen und den schönen Kanonen und dem Drill der Soldaten und all den anderen Dingen, die die Phantasie der Kinder anregen. Nicht nur die Kinder; auch die Erwachsenen waren überwältigt von den Herrlichkeiten des Militärs.

In den Großstädten unterschätzen wir zumeist die Bedeutung dieser Manöver, den Einfluß, den sie auf die Provinzbevölkerung ausüben. In den großen Londoner Zeitungen steht kaum ein Wort von den Manövern in Sunderland. In London erregt es etwas auch nicht die Köpfe der Menschen. Derartige Manöver werden, wenn sie in der Nähe einer Großstadt abgehalten werden, nur einen Augenblick beachtet. Sowie sie vorbei sind, ist das Ereignis auch schon vergessen. In den Provinzstädten, in denen das Leben sich mit seltenen Ausnahmen in tödlicher Langeweile abrollt, hat eine Militärparade einen viel gefährlicheren Einfluß. Hier erzeugt sie in der Bevölkerung den Geist, den die Macht-haber brauchen, wenn sie wieder zur Mobilisierung schreiten wollen.

In England wird viel gesprochen von dem Nationalismus, der in Frankreich und Deutschland herrscht. Daß es in England auch so etwas gibt, das zeigen derartige Manöver. Allan Flanders.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erklärt, daß eine solche Einzelzusammenarbeit des Reichskommissars mit den einzelnen Ressorts natürlich nicht den Aufgaben des kommissarischen Ministerpräsidenten entsprechen haben würde. Das Schreiben vom 20. Juli sei vom Reichskommissar so aufgefaßt worden, daß die Minister eine Zusammenarbeit mit ihm ablehnten. Anders könnte dieses Schreiben nicht verstanden werden.

Eine längere Auseinandersetzung entspinnt sich über die von Gottheiner erhobene Behauptung, Ministerpräsident Braun habe alsbald nach der Amtsentsetzung die Frage an das Büro des Staatsministeriums gestellt, wie es mit seinem Gehalt sei und auf die Antwort, daß das Gehalt fortgezahlt werde, sich für befriedigt erklärt. Von preussischer Seite wird dazu festgestellt, daß Braun eine derartige Erklärung niemals abgegeben habe. Allerdings habe er auf Veranlassung von Bredt durch eine Rückfrage bei der Bürokasse die Frage der Fortzahlung der Ministergehälter geklärt.

Der Vorsitzende gibt der Meinung Ausdruck, daß es dem Charakter der Person Otto Brauns wohl kaum entsprechen würde, wenn er mit einer Klärung der Gehaltsfrage allein den ganzen Streit für im wesentlichen entschieden halten würde.

Herr Dr. Gottheiner erklärte im Auftrage der Reichsregierung, daß die Behandlung der Nazis durch die Regierung nicht Gegenstand von Verhandlungen oder Vereinbarungen zwischen Regierung und Nazis gewesen sei, sondern daß diese Behandlung dem Gerechtigkeitsgefühl der Regierung entstamme!

## Kommunistischer Gemeindevorsteher wird nicht bestätigt.

Der Landrat des Kreises Niederbarnim hat die Wahl eines kommunistischen Gemeindevertreters zum ehrenamtlichen Gemeindevorsteher des Dorfes Schwanebeck nicht bestätigt. Die Gemeindevertretung der Siedlungs- und Koloniegemeinde Schwanebeck bei Berlin hat eine kommunistische Mehrheit, die auch den Rücktritt des früheren bürgerlichen Gemeindevorstehers erzwungen hat. Gegen den Entscheid des Landrats hat die kommunistische Mehrheit Beschwerde beim Bezirksausschuß in Potsdam eingelegt.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**BOHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR  
COPYRIGHT BY FACKELREITER-VERLAG

5 Uhr morgens.

In welchem Umkreis brüllen von allen Zechen und Fabriken die Sirenen ihren ersten Weckruf gegen den an einigen Stellen vom Feuerhelm der Kokereien und Hochöfen weithin geröteten Himmel. Ihre gewaltigen Stimmen vereinigen sich zu einem grell dissonierenden Klangbild, das mehrere Sekunden anhält, um dann langsam und uneinheitlich zu verstummen.

In den Häusern der Bergarbeiterkolonie wird es lebendig. Müde Frauen werden durch das Sirenengeheul und das schrille Rasseln der Weckuhr aus dem Schlaf gerissen, erheben sich gähmend und wecken ihre Männer, die zur Morgenschicht auf die Zeche müssen.

Die blinzeln in das blakende Licht der Petroleumlampe, recken ihre steifen Knochen, fluchen leise vor sich hin, daß man sie nicht weiterschlafen läßt. Während die Frauen ein Töpfchen Kaffee wärmen, halten die Männer den Kopf unter den kalten Strahl der Wasserleitung, werden dadurch etwas munterer; ziehen die schweren genagelten Arbeitsschuhe an, göhlürfen dann den heißen Kaffee und essen ein Butterbrot dazu. Schweigsam verzehren sie ihr einfaches Frühstück, ziehen sich fertig an, stecken die Pfeife oder selbstgedrehte Zigarette in Brand, verstauben die in Zeitungspapier gewickelten Butterbrote in den Taschen und hängen die Blechpulle mit dem kalten Kaffee über die Schulter. Dann erhält die Frau einen Händedruck, vielleicht auch einen Kuß und den gewohntemäßigen Gruß auf Wiedersehen. Ob man sich aber nach beendeter Schicht tatsächlich wiedersehen wird, darüber kann weder der Mann noch die Frau bestimmen. Der letzte Gruß

kann ein Abschied für immer sein, denn kein Stand steht mit dem Tode so auf du und du wie der des Bergarbeiters.

Aus den im Dunkel liegenden und an einigen Stellen nur schwach von Gaslaternen beleuchteten Koloniehäusern strömen die Männer zu einer langen, schwarzen Menschenschlange zusammen, die sich auf dem Feldweg der Zeche zu bewegt. Eine gespenstliche, von unzähligen Lichtbällen übersäte Burg, so ragt die Zechenanlage aus einer Talsenkung empor. Müde, verdrossen und schweigsam ziehen die Kumpels dahin. Wenn sie auch die Augen schlossen, ihre Füße würden mit mathematischer Sicherheit den Weg finden, den sie täglich gehen.

Zum zweiten Male brüllen die Sirenen. 5 1/2 Uhr.

Vor dem breiten Eisentor, über dem in vergoldeten Buchstaben der Name „Zeche Rhenania“ prangt, staut sich die Menschenwooge. Von allen Seiten mündet hier der schwarze Strom. An den Schaltern der Markenkontrolle nehmen sie ihre blechernen Schichtmarken in Empfang, überfluten den weiten Zechenplatz, um dann in der Waschkau zu verschwinden und sich umzukleiden für die Arbeit.

Gegenüber dem Zechentor, vor dem schmiedeeisernen Gitter, das den Park der Direktorrvilla gegen die Straße abgrenzt und abschließt, steht ein junger Mensch, betrachtet interessiert die daherkommenden Kumpels. Männer der verschiedensten Altersstufen ziehen an ihm vorüber.

Auffallend sind die vornübergeneigte Körperhaltung, die graublasse Gesichtsfarbe und die schwarzeränderten, tief in den Höhlen liegenden Augen der meisten. Nur wenige junge Burschen, deren Wangen noch die gesunde Röte der Jugend zeigen, deren Lungen noch nicht verpestet sind von der quälend und staubgeschwängerten Grubenluft. Viele Jungverheiratete, die auf dem Wege zur Zeche noch an die Frau denken, deren Lager sie die ganze Nacht geteilt haben und die sie vor wenigen Minuten erst verließen. Einige Alte, Graubärtige, deren Rücken krummgezogen sind von der schweren Grubenarbeit eines ganzen Lebens. Im besten Mannesalter Stehende, deren Gedanken schon voraussehen zu ihrem Betriebspunkt in der Grube, die dabei ausrechnen, wieviel sie diesen Monat voraussichtlich verdienen werden und was dabei abfällt für notwendige Anschaffungen. Andere wieder, deren Gesichter stumpf

und teilnahmslos in das Leben starren, das ihnen nichts Schönes mehr bieten kann.

Bergleute sind es.  
Kumpels.  
Männer der Kohle.  
Die schwarze Armee des Ruhrgebiets.

Alle werden sie aufgesogen von der Steinkohlenzeche, dem Herrn über ihr Leben, verlassen für sieben Stunden das Licht des Tages, um mehrere hundert Meter tief in die Eingeweide der Erde zu fahren und dort ihr hartes Brot in unbeschreiblicher Mühsal und unzähligen Gefahren zu erarbeiten.

Von der Waschkau her bewegen sich Lichtpünktchen zum Schacht, die Grubenlampen der Kumpels. Eine lange Kette hin und her hüpfender Flämmchen. Die Kumpels gehen zur Hängebank, um einzufahren.

Zum dritten Male heulen die Sirenen. 6 Uhr.  
Beginn der Morgenschicht, Ende der Nachtschicht.

Auf allen Zechen des Ruhrgebiets kreisen in diesem Moment die Seilscheiben, sausen die Förderkörbe mit ihrer Last von Menschen in die Tiefen der Schächte. Ueber hunderttausend Mann der Morgenschicht fahren ein, und einige zehntausend Mann der Nachtschicht fahren aus, zutage.

Ein neuer Arbeitstag beginnt. Hunderttausende von Wagen Kohle werden aus der Finsternis des Erdschoßes, in der sie Jahrmillionen geruht haben, an das Licht des Tages geworfen. Ein neuer Arbeitstag, der wieder vielen Kumpels Leben und Gesundheit kostet, viele Frauen zu Witwen und viele Kinder zu Waisen macht.

„Ein Grubenbrand — ein Totenhemd!“ so lautet ein alter Bergmannsspruch.

Günther Gerling überschreitet den Straßendamm, tritt durch das Seitentor auf den Zechenplatz. Vor seiner Wellblechbude steht der Portier, 1,85 Meter groß, von respekabler Breite, mindestens zwei Zentner schwer, mit rotem, gedunsenen Gesicht und starkem, mit den Spitzen nach oben gebüxtem Schnurrbart. Ein blauer Mantel mit blanken Messingknöpfen umhüllt seine massige Gestalt, auf dem Kopfe trägt er eine Dienstmütze aus blauem Tuch mit zwei gekreuzten Hämmern, den Bergmannselementen, davor. (Fortsetzung folgt.)

## Justiz unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

### Schzehn linke Arbeiter verurteilt.

Im Prozeß vor dem Kieler Sondergericht, der unter Ausschluß von Öffentlichkeit und Presse stattfand, wurde am Montagabend das Urteil verkündet. Von den 23 dem „Reichsbanner“, der SPD und der KPD angehörenden Angeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruches verurteilt: Zwei Angeklagte zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, drei Angeklagte zu je einem Jahr zwei Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu je zehn Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu je acht Monaten Gefängnis, vier Angeklagte zu je sieben Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis, ein weiterer Angeklagter erhielt wegen einfachen Landfriedensbruches vier Monate Gefängnis. Sieben Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen. Gegen die fünf Angeklagten, die über ein Jahr Gefängnis erhalten haben, wurde Haftbefehl erlassen.

Es handelt sich bei dem Prozeß um Zusammenstöße im Januar in Rendsburg, bei denen der Nationalsozialist Menzel getötet wurde.

## „Bewaffnete Haufen.“

### Eifrigste Staatsanwälte.

Sieben Dorfbewohner aus Germendorf bei Oranienburg waren angeklagt, „bewaffnete Haufen“ gebildet und sich mit „Hieb- und Stichwaffen“ bewaffnet zu haben. Die Angeklagten sind im Juli auf der Dorfstraße patrouilliert, um Arbeiterplakate vor den Nazis zu schützen, und zu verhindern, daß Arbeiter-Häuser von Nazis beschmiert würden. Es ist dabei zu keinerlei Tötlichkeiten gekommen. Ein Nazitrupp hat das Dorf unbehelligt passiert. Eine Landjägerstreife nahm aber Anstoß an der

## Von Gronau verunglückt.

Der deutsche Flieger von Gronau, der sich auf einem Dornier-Wal auf einer Weltreise befindet, mußte mit seinem Flugzeug im Bengalischen Meerbusen wegen eines Motorendefektes niedergehen. Der englische Dampfer „Caragola“ ist auf telegraphische Hilferufe an der Unfallstelle eingetroffen und hat das Flugzeug und die Mannschaft wohlbehalten in Rangoon abgesetzt.

## Jäger erschließen ein spielendes Kind.

Bei Lehrte glaubten zwei Jäger in einer Entfernung von etwa 150 Meter einen Fuchs vor sich zu haben und schossen darauf. In Wirklichkeit war es das achtjährige Söhnchen eines Maurers, das eine braune Wildlederhose trug und sich spielend an dem Fuchslot beschickte. Das Kind erlitt einen Rücken- und Bauchschuß und war sofort tot. Die Bielefelder Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, ob Fahrlässigkeit oder eine Verkettung unglücklicher Umstände vorliegt.

## Überprüfung der Waffenscheine gefordert.

Im preußischen Landtag hat die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, worin das Staatsministerium ersucht wird, sämtliche Polizeipräsidenten und Landräte anzuweisen, eine genaue Überprüfung aller in den letzten Jahren ausgestellten Waffenscheine vorzunehmen.

Wir sind sehr dafür, daß allen Mitgliedern der SA und SS die Waffenscheine entzogen werden. Der Zweck des Naziantrages ist natürlich, allen Republikanern die Waffenscheine zu entziehen.

## Salzsäure statt Wein getrunken.

In Büderich (Kreis Mors) wollten zwei junge Männer im Keller Wein trinken. Im Dunkel nahmen sie anstatt der Weinflasche eine Salzsäureflasche und tranken daraus. Als sie ihren Irrtum bemerkten, versuchten sie im Krankenhaus Hilfe zu bekommen. Einer von ihnen brach aber schon auf dem Wege dorthin tot zusammen, während der andere kurz darauf im Krankenhaus starb.

## Zwickau.

### Schafft Einheitsfront gegen Faschismus und Popen-Diktatur!

Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, 13. Oktober, 20 Uhr im „Goldenen Becher“.

Vertreter der SAP, der KPD-O und des ISK sprechen über die

## Möglichkeit der proletarischen Einheitsfront in Zwickau.

Freie Aussprache!

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Sozialistische Arbeiter-Partei,

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

KPD-Opposition.

## Deutsche Liga für Menschenrechte.

Ortsgruppe Charlottenburg (Westen I). Donnerstag, den 13. Oktober, 20 Uhr: Vortrag: Dr. Wilhelm Gropp über das Thema „Autarkie und Volkswirtschaft“.

Klubhaus am Kafe, Berliner Straße 27.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin 8 14, Inselstr. 8a.

Dorfwache und stellte die Angeklagten fest. Einige Latten und Aststiele wurden als „Hieb- und Stichwaffen“ bezeichnet.

Jeder der sieben Angeklagten erhielt jetzt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer Polizei und Staatsanwälte Gesetzesparagrafen aus dem Strafgesetzbuch herausstößern und anwenden, wenn es sich darum handelt, politisch aktive Arbeiter hinter Schloß und Riegel zu bringen.

## Aufhebung des Standrechts in Ungarn.

In der Montagssitzung des ungarischen Kabinetts wurde einstimmig beschlossen, das Standrecht aufzuheben.

Das Standrecht ist in Ungarn verhängt worden, nachdem der berühmte Eisenbahnattentäter Matuschka bei Bia Torbägy einen Zug überfallen hatte. Als Vorwand benutzte man den als unrichtig erwiesenen Verdacht, daß das Attentat politische Gründe gehabt habe. Trotz der Haltlosigkeit dieses Verdachtes blieb das Standrecht in Kraft, nicht um Ungarn vor Eisenbahnattentätern zu schützen, sondern um unliebsame linke Politiker aus dem Wege zu schaffen. Die standrechtlichen Gerichte können die vor sie gebrachten Angeklagten nur entweder freisprechen oder zum Tode verurteilen.

Die kürzlich verhafteten kommunistischen Parteifunktionäre Sallai und Fürst haben sie zum Tode verurteilt, und dem linken Schriftsteller Karikas drohte die gleiche Strafe. Diese faschistische Gerichtsbarkeit hat nicht nur in Ungarn selber, sondern auch in anderen Ländern bei der Arbeiterschaft starken Protest hervorgerufen, der den ungarischen Machthabern u. a. durch eine große Anzahl von Protestresolutionen zur Kenntnis gebracht worden ist. Vielleicht ist es ein Erfolg dieser Aktion, daß Karikas vor ein ordentliches Gericht gestellt wurde und daß jetzt das Standrecht völlig aufgehoben worden ist.

## Von der Streikfront.

Im Kabelwerk Duisburg ist die dreihundertköpfige Belegschaft in den Streik getreten.

Es wird ferner gestreikt in der Textilfabrik S. F. Giebe in Mülhausen, August Hoffmann in Neugersdorf in Sachsen (343 Mann) und bei der Tuchfabrik Michelsohn & Ascher in Spremberg.

In Berlin wird auf einigen Baustellen gestreikt.

Der Streik bei Gebrüder Andersen in Kiel ist beendet.

In Erfurt erwirkte der Arbeitgeberverband gegen den Deutschen Metallarbeiterverband eine einstweilige Verfügung wegen des Streiks bei der Firma Stuebken & Co. Der Metallarbeiterverband hat gegen die einstweilige Verfügung Einspruch erhoben. Der Streik geht weiter.

Trotz der einstweiligen Verfügung hat keiner der streikenden Arbeiter die Arbeit aufgenommen.

## Lohnkampf der Schanghai Spinner.

In einer Vorstadt von Shanghai sind Spinnereiarbeiter in den Streik getreten, um sich bessere Löhne zu erkämpfen. Die Streikbewegung hat sich schnell ausgebreitet, so daß am Sonntag 10 Seidenspinnereien stillgelegt werden mußten. Man rechnet damit, daß weitere 25 Spinnereien ebenfalls ihren Betrieb werden einstellen müssen.

## In 5½ Stunden Rom—Berlin.

Das dreimotorige Junkersflugzeug „D 2202“, das erst kürzlich den Flug München—Rom in 3¼ Stunden zurücklegte, hat einen neuen Rekord aufgestellt. Es ist in der Zeit von nur 5½ Stunden von Rom nach Berlin geflogen. Ein Schnellzug benötigt zu der gleichen Strecke etwa eineinhalb Tage.

<b>Erstklassige Madaarbeit</b> Herren-Anzüge Mäntel Damen-Mäntel Kostüme Tadellos Sitz	<b>Das Haus der guten Schuhe H. Ebel</b> Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 97/98 Telefon: D 6 Wedding 2358 Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!	Freunde und Leser des „Funke“! Unterstützt Eure Zeitung!
<b>Schönheit</b> MAGDEBURG Johannisbergstr. 10, III. Stoffmuster vorrätig.	Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung <b>J. Fürchtenicht</b> Böttingen, Nikolausberger Weg 67.	Wert Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inseraten!

## Pflanzen-Butter

(vegetable Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.  
Friskost-Reformhaus  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

<b>Berlin</b> <b>KAMERA</b> Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987 Ab 11. Oktober: Elizabeth Bergner in <b>Der Geiger von Florenz</b> mit Conrad Veidt u. Walter Rilla. Dazu das gute Belprogramm. Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.
--

## Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus?

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offenen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

## Die Henker.

Von Henri Barbusse.

143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justiterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht.“

„Berliner Börsen-Courier“, Nr. 234, vom 20. 5. 1927.

„Die ‚Henker‘ gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen.“

„Die Welt am Abend“, Nr. 115, 1927.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin 8 14, Inselstraße 8a.  
Postscheckkonto: Berlin 31342.

## Parteilpolitische Neutralität in den Gewerkschaften.

### Die Fraktionen müssen abgebaut werden.

Wenn vor dem Kriege das Problem der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften praktisch nicht aktuell war, weil es nur eine Arbeiterpartei gab, so ist es heute von entscheidender Bedeutung geworden, weil es heute mehrere Arbeiterparteien gibt. Die Konsequenz der Verletzung dieser Neutralität ist darum heute, daß der Streit der Arbeiterparteien auf politischem Gebiet unmittelbar in Form von Fraktionskämpfen in die Gewerkschaften hineinverlegt wird.

Diese Fraktionspolitik wird nun von den Kommunisten damit begründet, daß die Gewerkschaften wieder revolutionär gemacht werden müßten. Wenn wir unter „revolutionär machen“ die Bemühungen verstehen, die Gewerkschaften zur Klassenkampfpolitik zu bringen, so ist dafür Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften nicht nur nicht nötig, sondern sogar hinderlich. Denn die Gewerkschaften sind, wenn sie ihre Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, konsequent und rücksichtslos verfolgen, klassenkämpferisch. Wir Gewerkschafter haben also nur dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften ihrer Aufgabe auch treu bleiben, was wir selbstverständlich nur können, wenn wir selbst dieser Aufgabe treu bleiben, d. h. vor allem keine parteipolitischen Zwecke in und mit den Gewerkschaften zu verwickeln versuchen.

Das Wesen der Fraktionsarbeit liegt aber gerade in der Absicht, spezielle Parteinteressen in den Gewerkschaften organisiert durchzusetzen.

Wenn man also, um ganz grobe Beispiele zu nennen, die Gewerkschaftsversammlungen zur Reklame für die Partei oder Parteiparolen benutzt, wenn Gewerkschaftsgelder für irgend eine Partei gegeben werden, wenn Gewerkschaftsfunktionäre nicht nach dem Gesichtspunkt der Erfordernisse der Gewerkschaftsarbeit, sondern auf Grund ihres Parteibuches gewählt werden — dann sabotiert man die Gewerkschaftspolitik durch die Parteilpolitik. Wirklich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit verlangt also Außerachtlassung parteipolitischer Wünsche im Interesse der Gewerkschaftsaufgabe.

Wenn Kommunisten hierzu erwidern wollen, daß doch heute die SPD die Gewerkschaften beherrscht und es also im Interesse der Gewerkschaftsaufgabe liegt, diesen Einfluß zu unterbinden, so läßt sich darauf antworten, daß nur derjenige ein Recht hat, sich gegen diesen Einfluß zu wenden, der unter Beweis stellen kann, daß es ihm nur um die Gewerkschaftsaufgabe und nicht etwa um die Vorherrschaft einer anderen Partei geht. Ein solcher Beweis kann aber nur in einer selbstlosen Gewerkschaftsarbeit und nicht in Fraktionspolitik gesehen werden.

Eine solche Gewerkschaftsarbeit ist heute möglich und notwendig. Die Macht der gewerkschaftlichen Organisation muß erhalten bleiben und befestigt werden, darüber hinaus muß sie zum Kampf eingesetzt werden. Der Ansturm der Wirtschaftsreaktion wird nur durch den entschlossenen und geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften aufgehalten. Daß heute, in der schweren Krise, solche gewerkschaftlichen Kämpfe möglich und erfolgreich sind, und daß selbst die heutigen Gewerkschaftsführungen noch zum Kampf genötigt werden können, beweisen die Kämpfe gegen die Durchführung des P a p o n s c h e n Lohnbaues. Darüber hinaus zeigen sie, wie gut die Gewerkschaften geeignet sind, die Einheitsfront der Arbeiterklasse praktisch zu verwirklichen. Würden die Kommunisten eine selbstlose Gewerkschaftsarbeit leisten, dann könnte diese Chance des Gewerkschaftskampfes und damit die Chance einer wirklichen Einheitsfrontpolitik, bei der Kommunisten und Sozialdemokraten Schulter an Schulter kämpfen, weit besser genutzt und damit der Arbeiterklasse weit mehr gedient werden. Alexander Demis.

## Wahlerfolg der belgischen SP.

Am vergangenen Sonntag fanden in Belgien Gemeindevahlen statt, bei denen die Sozialisten, vor allem auf Kosten der Katholiken, beträchtlich gewonnen haben. In 52 Gemeinden haben sie die absolute Mehrheit erhalten; die Katholiken haben in 30 Gemeinden die absolute Mehrheit, die sie bisher dort hatten, verloren. Der Wahlausgang für die Kommunisten ist offenbar recht ungünstig.

## Zum Kampf um die Kontingente.

t. Als Nachfolger des Herrn von Braun im Reichsernährungsministerium wurde in der Öffentlichkeit genannt der pommersche Rittergutsbesitzer von Knebel. Der Reichslandbund richtet sich in einer Erklärung gegen die Pommersche Hauptgenossenschaft, deren Vorsitzender Herr von Knebel ist, mit dem Vorwurf, daß sie die Getreidepreispolitik der Reichsregierung geradezu sabotiert habe. Er wird angegriffen als „eifriger Verfechter des Monopolgedankens und einer völligen landwirtschaftlichen Planwirtschaft“. Er sei von der Richtigkeit seiner Theorie so durchdrungen, daß er es darüber versäume, dem Markt die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken; infolgedessen sei aus Pommern zu viel Getreide auf den Berliner Getreidemarkt gekommen, und das habe die Preise gedrückt!

Es ist also ziemlich deutlich, daß Herr von Knebel bei manchen Großagrariern nicht so beliebt sein wird wie Herr von Braun! Vorläufig regiert aber dieser selber noch im Reichsernährungsministerium!

Der Papier- und Telegrammkrieg zwischen Freunden und Feinden der Kontingentierung geht inzwischen weiter, während die Kontingentierungsverhandlungen selber offenbar keinen Schritt weiter kommen.

Der westfälische Bauernverein fordert die Regierung durch ein Telegramm auf, „unbekümmert um parteipolitische Vereinigungen und Ablehnung, industrielle wie händlerische Quertreibereien, die verkündeten Kontingentierungsmaßnahmen zu verwirklichen. Die Landwirtschaft könne nicht mehr länger zu Gunsten anderer Objekte der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung sein“.

Auf der anderen Seite — um nur ein Beispiel zu nennen — telegraphiert der Zweckverband der niederrheinischen Industrie- und Handelskammer an den Reichskanzler: Nach langer Zeit habe sich zum ersten Mal ein Ansatz zu einer gewissen Belebung gezeigt, der lähmende Pessimismus sei verschwunden. Diese hoffnungsvollen Ansätze würden gefährdet, wenn der deutschen Ware der Weg in die bisher besten Kundenländer versperrt werde. Auch der Landwirtschaft werde damit letzten Endes nicht gedient.

## Zerfallserscheinungen bei den Nazis.

### Der ehemalige Kronprinz als „Retter“.

Der nationalsozialistische Ortsgruppenleiter Wilde in Caputh hat in der „Potsdamer Tageszeitung“ einen dringenden Aufruf an den ehemaligen deutschen Kronprinzen gerichtet und wünscht seine Hilfe gegen den Kampf zwischen Nazis und „Stahlhelm“. Es heißt in dem Aufruf wörtlich:

„Hier muß sofort Halt geboten werden von einem Mann, der außerhalb des Parlaments über den Parteien steht und der unser gemeinsames Vertrauen im höchsten Maße genießt. Das kann in der gegenwärtigen Lage nur unser Kronprinz sein. Darum rufe ich ihm zu: Uebernimme du die Führung, das deutsche Volk ist in größter Not.“ Am Schluß des Aufrufes heißt es: „Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß dann auch Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag einen Weg finden würde, der dem Willen des Volkes gerecht wird.“

Das Gaupressamt der NSDAP bezieht sich, zu diesem öffentlichen Aufruf zu erklären: „Ein Ortsgruppenleiter Wilde ist nicht mehr Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Caputh, sodaß sein Aufruf, der sich an den Kronprinzen im Namen der NSDAP richtet, als die private Stellungnahme eines aus der NSDAP ausgeschlossenen Mitgliedes zu betrachten ist.“

## Die Kriegsgefahr wächst /

## Gegen den Rüstungswahnsinn!

Rei. Zu diesem Thema veranstaltete der ISK, Ortsverein Berlin, am Montag eine stark besuchte Versammlung. Genosse Philippson wies in seinem einleitenden Referat — nach geschichtlichen Ausführungen über die Entwicklung seit 1918 — insbesondere auf den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik und der Wehrpolitik der Papen-Regierung hin.

Billing wurde bekanntlich in dem Augenblick gestürzt, als er die allzu bankrotteten Güter der Großgrundbesitzer zu Siedlungszwecken verwenden wollte. Dieser als „Agrar-Bolschewismus“ verschrienen Maßnahme hat die Papen-Schleicher-Regierung die Politik der Autarkie entgegengesetzt, die Deutschland hinsichtlich seiner Getreideversorgung vom Ausland unabhängig machen soll. Diese wirtschaftlich sinnlose Maßnahme könne nur verstanden werden im Zusammenhang mit der ganzen Politik der Regierung, sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten.

Philippson wies darauf hin, daß die Regierung ihre Forderung auf „Gleichberechtigung“ in der Wehrhoheit auf keinen Rechtsatz stützen könne. Der Versailler Vertrag biete dazu keine Handhabe. Mit dem Vertrag von Brest-Litowsk habe überdies Deutschland selber das Vorbild für den Versailler Vertrag geliefert. Und endlich, wenn wir vom geschriebenen Gesetz absehen und die objektive Rechtsfrage aufwerfen, so ist zu sagen, daß, wenn jeder Staat für sich das Recht der Wehrhoheit beansprucht, es jedenfalls gerade dann keine Sicherheit gibt, — genau so wenig wie es innerhalb eines Staates Sicherheit gäbe, wenn auch dort jeder Person das Recht der Selbstbewaffnung zugesprochen würde. Nur eine internationale Macht kann die Sicherheit der Völker-Familie gewährleisten. Die kann von der internationalen Arbeiterschaft geschaffen werden — aber heute ist die Arbeiterschaft dazu noch nicht imstande. Unsere Parole kann daher nur lauten: Abrüstung auf alle Fälle und Verhinderung jeder Aufrüstung, sowohl die der schwach wie die der starkgerüsteten Staaten!

Die schlimme Lage in der Arbeiterschaft wird beleuchtet durch die unerfreulichen Ereignisse anlässlich des Amsterdamer Anti-Kriegs-Kongresses. Die II. Internationale boykottierte den Kongreß; die Kommunisten unterdrückten abweichende Richtungen (nicht nur Trotzkisten, sondern z. B. auch die französische Lehrerschaft), wozu aber die Sozialdemokraten gerade durch ihr Fernbleiben die Handhabe geboten hatten. Die Gründung eines Komitees war das unfruchtbare Ergebnis dieses Kongresses. Die Einheitsfront der Arbeiterschaft, dieses Hauptmittel im Kampf gegen die Kriegsgefahr, hat der Kongreß nicht gefördert.

## Die SPD steckt den Kopf in den Sand.

### Die anderen haben Schuld.

Der Berliner Bezirksparteitag der SPD hat getagt. Der „Vorwärts“ berichtet triumphierend darüber, daß sich die Partei völlig einig sei in der Erkenntnis, daß mit den Ereignissen des Juni und Juli ein Kapitel ihrer Geschichte abgeschlossen sei und ein neues begonnen hat. — Das Erkenntnisvermögen dieser Partei ist wirklich erstaunlich. — Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat der Bezirksparteitag das Gesicht nach vorn gewandt

„und es abgelehnt, in einer Zeit drängender Zukunftsprobleme im Vergangenen zu kramen. Er hat nicht daran gedacht, die Gründe für die augenblickliche Macht der Reaktion bei der eigenen Partei zu suchen,

wo doch die Schuld unserer Gegner, der Nationalsozialisten und der Kommunisten, an den gegenwärtigen Zuständen vor aller Augen liegt.“

Das ist allerdings ein sehr bequemes Verfahren, bei der eigenen Partei gar nicht erst nach Fehlern zu suchen. Dann kann man natürlich auch keine finden. Die Sache hat nur den einen Haken, daß man auf diese Weise auch nicht aus den eigenen Fehlern lernen und sie auch nicht korrigieren kann. Damit wird die politische Zukunft der SPD zu einer hoffnungslosen Angelegenheit. Die SPD steckt den Kopf in den Sand und bildet sich dann ein, die Gefahr sei behoben, wenn sie die Gefahr nicht mehr sieht.

## Wieder eine „Rotmord“-Lüge entlarvt.

### Selbstmord aus Furcht vor Entdeckung.

Vor einigen Tagen wurde der 18-jährige Kaufmann Martin Halang aus Guhrau in Schlesien erschossen aufgefunden. Halang war Mitglied der Hitler-Jugend und Gefolgschaftsführer. Die Nazipresse machte natürlich sofort einen „Rotmord“ aus der Angelegenheit. Jetzt haben die Ermittlungen der Landeskriminalpolizei ergeben, daß Halang aus Furcht vor der Aufdeckung von Unterschlagungen, die er in seiner Dienststelle gemacht hat, Selbstmord beging. Die Gelder, die er unterschlug, verjubilte er mit anderen Mitgliedern der Hitler-Jugend auf dem Hitler-Jugendtag in Potsdam.

## Reklamemanöver von Goebbels.

### Die bloße Platte genügt nicht mehr.

Dr. Goebbels, der Herausgeber des „Angriff“, hat die Deutschnationale Volkspartei zu einer öffentlichen Auseinandersetzung herausgefordert. Er ersucht darum, zu dem am Mittwochabend im Berliner Sportpalast stattfindenden nationalsozialistischen Versammlung einen deutschnationalen Redner zu entsenden, dem eine Stunde Redezeit zugebilligt werde. Goebbels erklärt sich außerdem bereit, falls das erste Angebot abgelehnt werde, in jeder deutschnationalen Versammlung auf Anforderung als Diskussionsredner zu erscheinen, wenn ihm dabei nur eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung gestellt werde.

In dem Antwortschreiben der Deutschnationalen wird darauf hingewiesen, daß Goebbels eine öffentliche Diskussion offenbar zu dem Zweck vorgeschlagen habe, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den dauernden Störversuchen der NSDAP abzulenken und Reklamo für eine Ver-

## Ja, wenn . . .!

Der frühere preußische und Reichsinnenminister Severing hat gelegentlich einer sozialdemokratischen Wahlkundgebung in Hildesheim festgestellt, daß der gegenwärtige Reichskanzler nicht der Mann mit dem starken Rückgrat sei, auf den es heute ankomme. Hätte der Reichspräsident einem sozialdemokratischen Kabinet Müller die Möglichkeit gegeben, einige sozialistische Maßnahmen mit Hilfe des Artikels 48 durchzuführen, dann würden die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands heute anders aussehen.

Wenn wir uns nicht irren, war vor Hindenburg sogar ein Sozialdemokrat Reichspräsident.

Das hat Hindenburg nun wirklich nicht verdient, daß er für die Unterlassungssünden der SPD verantwortlich gemacht wird. Herr Severing möge uns doch mal sagen, wann das Kabinet Vollmachten vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für sozialistische Maßnahmen gefordert hat? Wir können uns nicht erinnern, daß je die Rede davon gewesen wäre, solche Forderungen seien gestellt und vom Reichspräsidenten abgelehnt worden.

Wir halten Herrn von Papen gewiß nicht für einen Mann mit einem besonders starken Rückgrat, Severing hat uns allerdings während seiner Regierungstätigkeit auch keine überzeugenden Beispiele dafür gezeigt. Für die Arbeiter hat er so wenig geleistet wie Herr von Papen.

sammlung Dr. Goebbels zu machen. Die Deutschnationalen lehnten es deshalb ab, einen Redner in die vorgeschlagene Mittwoch-Versammlung zu schicken. Sie würden aber sogar Dr. Goebbels die Möglichkeit geben, sich sachlich (!) mit den Deutschnationalen auseinanderzusetzen, und würden ihm mitteilen, in welcher deutschnationalen Versammlung ihm eine Stunde Redezeit gewährt werden würde.

Ob Herr Goebbels auf dies Angebot eingehen und unter dem Schutz von Hugonbergs „Gannover-Saalschutz“ (wie der „Angriff“ ihn getauft hat) in der Diskussion antreten wird? Auch wir halten seine Herausforderung der Deutschnationalen nur für ein Ablenkungs- und Reklamemanöver.

## Nazi-Versammlung verboten.

Die für Mittwochabend angesetzte Kundgebung der NSDAP im Berliner Sportpalast, in der neben Dr. Goebbels der Präsident des preußischen Landtages, Kerrl, sprechen sollte, ist vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden.

## Von der Nazi-Presse.

In einem Bericht von einer nationalsozialistischen Führertagung wird über die Presse mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Parteipresse über 100 Tageszeitungen und eine große Anzahl Wochenblätter und Spezialzeitschriften umfaßt. Es soll zum Ausbau des Pressewesens eine „Anzeigenzentrale“ und eine „Beratungsstelle für nationalsozialistische Verlage“ mit sofortiger Wirkung bei der Parteileitung in München gegründet werden. — Diese Einrichtung scheint besonders dringend zu sein, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß sich manche nationalsozialistische Verlage in einer verzweifelten Finanzlage befinden. Da ist allerdings weniger mit Rat als mit Bargeld zu helfen.

## Auf fünf Tage verboten.

Die nationalsozialistische „Preußische Zeitung“ in Königshagen ist auf Grund eines Leitartikels „Verfassungsexperimente“ wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 auf die Dauer vom 10. bis 15. Oktober verboten worden.

## Die Jugendertüchtigung beginnt. Geländespiele und Kleinkaliberschießen.

Die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung werden demnächst beginnen. In dreiwöchentlichen Kursen sollen zunächst

Hilfslehrer für den Geländesport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Durch die Teilnahme an dem Lehrgang sollen die Hilfslehrer befähigt werden, innerhalb ihrer Verbände die Ausbildung im Geländesport durchzuführen.

Die Kosten der Lehrgänge auf den Geländesportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei, ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt.

Vor Beginn eines jeden Lehrganges werden die Teilnehmer ärztlich untersucht und gegen Unfall und Haftpflicht versichert. Zu dem Übungstoff der geländesportlichen Lehrgänge gehören Leibes- und Ordnungsübungen, Wanderungen, Sch- und Hörübungen im Gelände, Kartenlesen, Zurechtfinden im Gelände.

## Geländespiele und Kleinkaliberschießen.

Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten.

Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung stattgefunden und, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die

Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leiten kann, wird 12 Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, die die Aufgabe haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden als auch mit den Untergliederungen der Verbände enge Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländesportschulen ihres Gebietes überwachen.

## Demonstrationen gegen Unterstützungskürzung.

H. L. In Frankfurt a. M. kam es in der letzten Woche in einzelnen Stadtteilen bei verschiedenen Wohlfahrtsämtern zu Zusammenstoßen zwischen Erwerbslosen und Polizei. Der Protest der Erwerbslosen gegen die erneute Unterstützungskürzung wurde damit beantwortet, daß die herbeigerufene Polizei kurzerhand mit dem Gummiknüppel auf die Erwerbslosen einhieb. — In einem Fall wurde die Polizei angegriffen, wobei ein Polizist leichtere Verletzungen im Gesicht erhielt. Die Polizei verhaftete fünfzehn Erwerbslose.

